

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingezeichnet in der Reichspostzeitungsliste

Entschlummerung der Landwirtschaft

F. K. Unsere kapitalistische Oberschicht setzt sich aus Großindustriellen, Bankiers und Agrariern zusammen. Alle drei Gruppen sind wirtschaftlich bankrott. Um ihnen trotzdem das Dasein zu ermöglichen, sind Milliarden und aber Milliarden der großen Masse abgeklopft worden. Die drei Gruppen sind zuweilen nacheinander, zuweilen gleichzeitig mit goldigen Geschenken aus dem Staatssäckel und aus der Tasche der Verbraucher und der Lohnarbeiter bedacht worden. Eine Milderung der Lage der Bankrotteure ist dadurch nicht herbeigeführt worden, noch hat sich ihre Anmaßung verringert, auf Kosten der Allgemeinheit weitergefüttert zu werden.

Als Herr von Papen in Münster sein sogenanntes Wirtschaftsprogramm ankündigte, wußte man, daß das nur der Anfang einer neuen Runde von Liebesgabenverteilung an die drei kapitalistischen Gruppen war. Als deren ausgesprochene Vertretung ist ja das Kabinett der Barone anzusehen. Sein Anhang besteht, wie in der letzten Reichstagsitzung durch Abstimmung dargetan wurde, zahlenmäßig bloß aus jenen drei Gruppen nebst Anhang, das heißt, sie machen zusammen etwa 7 1/2 vH des ganzen Volkes aus. Für diesen winzigen Bruchteil wirkt die „Regierung der nationalen Konzentration“ in der Hauptsache. Für die Erhaltung dieses Bruchteils werden dem ganzen Volke, insonderheit seinen arbeitenden Schichten, die unerhörtesten Opfer auferlegt.

Der Anfang, die „schlummernden Kräfte der Privatwirtschaft“ mit dicken Goldstangen zu wecken, wurde diesmal bei der Industrie gemacht. Wieviel Milliarden sie bekommt, ist hier schon dargelegt worden. Fortgesetzt wird die patentfähige Weckerei mit einer großzügigen Geldhilfe für die Banken, wovon ein anderes Mal ausführlich zu berichten sein wird. Wenn Industrie und Finanz so nett bekommen, will die Landwirtschaft natürlich auch was fassen, und nicht zu knapp, denn sie will ja immer ihre bleiern schlummernden Kräfte entschummern. Hat sie, die deutsche Landwirtschaft, nicht seit sechs Jahrzehnten viele Milliarden in Gestalt von Zöllen, Osthilfen, Steuernachlässen und Druckpöstchen zur Entschlummerung erhalten? Na also, und da ist es nur recht und billig, daß sie, richtiger, die ostelbische Junkerschaft, jetzt nun auch nicht vergessen wird. Sie fordert noch stärkeren Abschluß vom Auslande, um die Lebensmittelpreise noch mehr hinaufschrauben zu können, außerdem natürlich auch allerhand Geldhilfe.

Ein noch dichter Abschluß des deutschen Marktes gegen die Erzeugnisse der Agrarländer, wie Holland, Dänemark, Finnland usw., treibt aber diese dazu, ihren Markt gegen deutsche Industrieerzeugnisse abzuschließen. Daß dies geschehen wird, ist uns deutlich genug bekanntgemacht worden. Die Folge wird sein, daß die deutschen Ausfuhrerwerbe in noch größerer Zahl ihre Buden schließen müssen.

Gegen diese Art von Wirtschaftsankurbelung hatten selbst unsere Großindustriellen Bedenken. Sie sind dieserhalb bei der Regierung vorstellig geworden. Wieviel es gefruchtet hat, beweist das Sanierungsprogramm für die Landwirtschaft, das der Ernährungsminister von Braun in München verkündet hat. Wieviel Hundert Millionen Mark diese Entschlummerung der landwirtschaftlichen Kräfte kostet, ist noch nicht ganz genau raus. Es wird ein außergewöhnlich großer Brocken sein, der da den Junkern verabreicht wird.

Nach den Ausführungen des Ministers besteht dieses Geschenk etwa darin:

Die langfristigen Hypotheken werden auf einen Zinsfuß von 4 vH gesetzt. (Damit werden die Gläubiger für landwirtschaftliche Kredite in ihren Einkommen empfindlich geschädigt. Sie büßen 2 vH ihrer Zinsen ein.) Des weiteren wird eine umfassende Reform der Kreditverhältnisse im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen in Aussicht genommen. Zu diesem Zwecke soll die Preußische Zentralgenossenschaftskasse auf das Reich überführt und mit großen Mitteln ausgestattet werden. Die Landwirte erhalten außerdem den sogenannten Vollstreckungsschutz. Es kann also hinfort kein Landwirt von seinen Gläubigern gezwungen werden, auf dem Wege der Zwangsvollstreckung seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Das Wichtigste ist aber die Einführung von Kontingenten für landwirtschaftliche Produkte. Verschiedene Sorten Kohl, Tomaten, Zwiebeln, Schnittblumen, Obst, Trauben, Nadelschnittholz und Papierholz, Schlachtrinder, Speck und Schmalz, Butter, Käse, Karpfen, Erbsen, Reisabfälle usw. sollen nur noch im Rahmen gewisser Kontingente (Zuteilungen) eingeführt werden können, das heißt also, daß die Regierung dem Einführer das Recht nimmt, von diesen Produkten so viel einzuführen, wie es die Marktlage erfordert. (Mit der Einführung von Kontingenten wird die bisherige Handelspolitik bewußt verlassen und ein Weg beschritten, der für die deutsche Wirtschaft direkt verhängnisvoll werden kann. Ein Land wie das unsrige, welches mit 25 Milliarden Auslandsschulden belastet ist und von anderen Völkern verlangt, diese Auslandsschulden in Form einer verstärkten Warenausfuhr abtragen zu können, geht dazu über, die Einfuhr wichtiger Produkte auf ein willkürliches Maß zu beschränken.)

Fassen wir, um die unvergleichbare Güte der Wirtschaftspolitik der Regierung erkennen zu lassen, zusammen:

Für die Belebung der Industrie gewährt die Regierung etliche Milliarden. Gleichzeitig ergreift sie Maßnahmen, die auf eine noch ärgere Drosselung der industriellen Warenausfuhr, von der 20 vH des Volkes leben, hinauslaufen. Für die Weckung der schlummernden Kräfte des Unternehmertums gestattet die Regierung eine erhebliche Kürzung der ohnehin schon kultitiefen Löhne, und gleichzeitig wird die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen noch mehr eingeschränkt, wodurch deren Preise noch weiter hochgehen, so daß die industrielle Bevölkerung noch weniger Lebensmittel kaufen kann. Um die Unternehmer, Bankiers und Großgrundbesitzer finanziell zu stärken, wird die Staatskasse — die leere! —

mit unzähligen Millionen belastet, die heute oder morgen zu entrichten sind. Dabei haben wir — mitten im Sommer! — sieben Millionen Arbeitslose; im Winter werden es acht Millionen und noch mehr sein.

Wie die Regierung die Rechnungen zur Belebung und Erhaltung der Landwirtschaft, der Industrie und der Banken zu begleichen gedenkt, bleibt völlig im Dunkeln. Über kurz oder lang aber müssen sie bezahlt werden. Man sollte meinen, daß es der Bourgeoisie vor diesem Zahntag grauen müßte. Oder glaubt sie, in alle Ewigkeit die Arbeiterschaft schröpfen zu können? Daß es damit zu Ende geht, läßt jetzt schon der landweite Widerstand gegen die Lohnkürzung erkennen. Wir glauben sagen zu können, daß der Widerstand sich beträchtlich verstärken und verallgemeinern wird. Die Bourgeoisie dürfte ihre Sünden mit ihrem Dasein zu bezahlen haben.

Aufs geschäftliche Jenseits versessen

Daß die September-Verordnung die letzte Chance des Unternehmertums sei, hat ihm der Wortführer seiner politischen Agentur eindringlichst zugerufen. Das Unternehmertum seinerseits tut das möglichste, um wahrzumachen, daß die Verordnung auch wirklich zur letzten Chance wird. Die Unternehmer hüpfen, wie hier schon vorausgesagt, wie die Wiesel nach jedem Brocken, den ihnen die Notverordnung hinhält. Vor allem weitstanzten sie nach den Lohngrößen, die ihnen die Verordnung einzusacken gestattet. Begreiflich, ist es doch zu schön, den Wirtschaftsretter auf Kosten anderer, der Arbeiter, zu mimen.

Die Arbeiter wehren sich entschieden dagegen, abermals ausgeplündert zu werden, um eine unfähige Unternehmerschaft zu mästen. Sie sind der Ansicht, ein Unternehmer müsse sich um die Belebung seines Geschäfts kümmern, ohne sich dafür vom Arbeiter bezahlen zu lassen. Die Arbeiter sind weiter der Meinung, daß es, wie eine tausendfältige Erfahrung zeigt, der Gipfel des Unsinn ist, eine an Absatzklemme oder Kaufkraftmangel leidende Wirtschaft dadurch beleben zu können, daß man den Lohn kürzt und die Kaufkraft noch vollends vernichtet. Aus diesen einfachen Erwägungen heraus kommen die Arbeiter zu dem Schluß, daß auch diese Wirtschaftsankurbelung nichts als eine Wirtschaftserkurbelung ist, deren Opfer wiederum die Arbeiterschaft ist.

Diesen Erwägungen ist die Handlung auf dem Fuße gefolgt. In vielen Fällen haben die Belegschaften ihren Unternehmern klar gemacht, daß, wenn sie die Lohnklauerei nicht sein lassen, sie ihre Arbeit allein machen können. In einer Reihe von Fällen hat dies gefruchtet. In anderen Fällen mußte zum Streik übergegangen werden.

Man wird verstehen, daß darüber die ganze Gilde der Lohnquetscher höchst betrübt wird. Sie wälzen daher verschiedene Pläne gegen die Gewerkschaften und die Arbeiter. Sie drohen mit einer Aussperrung der Arbeiterschaft des ganzen Bezirks oder heischen, wie gegen streikende Schuhmacher in Weissenfels, von der Justiz einen Einhaltsbefehl, oder fordern von der Regierung ein allgemeines Streikverbot. Die Forderung nach Maßnahmen gegen die Gewerkschaften wird damit bemantelt, die Gewerkschaften verletzten die Friedenspflicht und seien schadenersatzpflichtig, wenn sie ihre Mitglieder zum Streik aufforderten oder sie nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegten. Dieser Vorwand basiert auf der Annahme, die Gewerkschaften hätten dafür zu sorgen, daß sich ihre Mitglieder ohne zu mucksen von den Ausbeutern scheren lassen müßten.

Der Herr Reichsarbeitsminister ist derselben Meinung. Einem Ausfrager hat er erklärt, daß ein Streik gegen die Lohnkürzungen mit der Friedenspflicht der Tarifträger kollidiere. Im weiteren ist der Minister nicht geneigt zu glauben, daß eine erhebliche Zahl von Arbeitern wegen einer geringen Lohnkürzung den Arbeitslosen, die lange gedarrt haben, das Recht auf Arbeit und Eintritt in das Arbeitsverhältnis verwehren wolle. Wie man sieht, gestattet sich der Herr Minister, die noch beschäftigten Arbeiter gegen ihre arbeitslosen Genossen auszuspielen. Ein etwas gewagtes Beginnen, das nur damit zu entschuldigen ist, daß der Herr Minister nicht weiß, daß in vielen Fällen durch Verzicht auf einen Teil der Arbeitsstunden sowie durch Übernahme des Krümpersystems, und besonders

durch die Forderung nach der 40stündigen Arbeitswoche die noch schaffenden Arbeiter ganz zweifelsfrei den Beweis erbracht haben, daß sie zu jedem Opfer für ihre erwerbslosen Klassengenossen bereit sind. Sie sind selbstverständlich noch weiter dazu bereit, wie ja ihr Widerstand gegen die abermalige Lohnquetscherei klarlich dartut. Denn wenn dieser Widerstand nicht wirksam geführt würde, wäre bald selbst der letzte Rest der Kaufkraft verschwunden und damit auch die letzte Aussicht, Erwerbslose einzustellen. Gerade weil die beschäftigten Arbeiter die Zahl der Arbeitslosen nicht noch weiter vermehren, sondern verringern wollen, wenden sie sich gegen die Lohnkürzung. Diese Logik ist höchst einfach, scheint aber doch zu kompliziert, um im Arbeitsministerium verstanden zu werden.

Um es zu wiederholen: die Behauptung, die Arbeiter verletzen die Friedenspflicht, ist falsch. Daß eine solche Verletzung vorliegt, wird von verschiedenen namhaften Tarifrechtsexperten entschieden bestritten. Es steht hier Ausbeutungslust gegen Rechtsauffassung. Was Rechtens ist, hat das Arbeitsgericht zu entscheiden, nicht aber eine Regierung durch Gewaltmaßnahmen.

Der Unternehmerschaft scheint übrigens selbst nicht viel an dem Rechtsweg zu liegen. Sie möchte, daß die Regierung den juristischen Knoten mit einem allgemeinen Streikverbot durchhaue. Unsere Wirtschaftsführer, die, wie alle Welt weiß, genial sind, glauben, daß wenn der Streik verboten wäre, die Lohnquetscherei in aller Gemütlichkeit vollzogen werden könne. Die weisen Herren meinen, mit so ein paar Paragraphen sei auch diese Streitfrage zwischen Kapital und Arbeit glatt zu schlichten. Das dürfte sich als eine böse Illusion herausstellen.

Durch die fortgesetzten Lohnkürzungen sind die Arbeiter in einen Zustand gekommen, wo für sie die Schanzerei jeden Sinn verloren hat. Ob sie schaffen oder nicht schaffen, ob sie streiken oder in der Bude die Arme kreuzen, hungern müssen sie so und so. Und ob sie viel schanzten oder wenig schanzten, eine neue notverordnende Verordnung kommt bald so wie so. Das verbürgt die neueste Art der Wirtschaftsbelebung. Folglich lassen die Drohungen mit Gewaltmaßnahmen und deren Verwirklichung die Arbeiterschaft kalt. Das eine aber bewirken die Drohungen und die Gewaltmaßnahmen bombensicher: die Empörung der Arbeiterschaft über diese Gesellschaft und ihre Nutznießer, von denen es handgreiflich ist, daß sie sich nur durch Ausplünderung des werktätigen Volkes halten können, wird rasch auf den Punkt gesteigert, wo eine Steigerung nicht mehr möglich ist.

Was kümmert das die Unternehmerschaft? Sie heischt rücksichtslos von dem winzigen Lohnneinkommen noch einen Teil — und in ein paar Wochen wird sie auch noch den Rest fordern —, und dies immer, um die Wirtschaft anzukurbeln. Die Wirtschaft, die schon seit Jahren derart angekurbelt wird mit einem Ergebnis, das erschütternd ist. Jetzt soll die Kürzung des Lohnneinkommens mit aller Brutalität geschehen, wohl zu dem Zweck, möglichst schnell und gründlich den Beweis zu liefern, daß dies tatsächlich die letzte Chance des Unternehmertums war.

Eine unbändige Versessenheit auf das geschäftliche Jenseits!

Gedämpfter Optimismus in Neujork

Vorige Woche haben wir hier an leitender Stelle dargelegt, daß die laut ausgeschriene Wirtschaftswende nur in der Einbildung besteht und gutenteils ein amerikanisches Wahlmanöver sei. Dies wird bestätigt durch ein Funktelegramm des Neujorker Korrespondenten des Berliner Tageblattes vom 20. September. In dem Bericht heißt es, daß sich an der Neujorker Börse Schwächemomente zeigen, die den Optimismus der letzten Wochen gedämpft haben. Dies sei herbeigeführt durch politische Faktoren. Der demokratische Wahlerfolg im Staate Maine habe die dem jetzigen Präsidenten Hoover nahestehenden Wirtschaftsführer schwer getroffen. Dann habe der in den letzten Wochen erfolgte Preiseinbruch dämpfend gewirkt, ein Mißstand, der auf die Schätzungsmanöver der Baumwollenernte eingeleitet worden ist. Ferner sei der Optimismus gedrückt durch die Enttäuschung darüber, daß die (vermeintliche) Wirtschaftsbelebung im wesentlichen nur saisonmäßigen Charakter trägt. „Das wesentlichste Baissemoment“, heißt es in dem Bericht an das BT wörtlich, „stellt jedoch das Ergebnis der letzten Schatzamtsemission in Höhe von 1150 Millionen Dollars dar. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß trotz der nominellen siebenfachen Überzeichnung... die Aufnahmefähigkeit der Treuhänderverwaltungen, Versicherungsgesellschaften, Sparkassen für Regierungswerte nahezu ihre Grenze erreicht hat.“ Das heißt nichts anderes, als daß diese Institutionen sich weigern, Staatspapiere zu übernehmen, sei es, weil sie befürchten, daß sie damit sitzen bleiben, sei es, weil sie ahnen, daß auch diese Art von Wirtschaftsbelebung ein garstiges Ende nehmen muß.



Franzosen zum deutschen Eisenpreis

Die Bereicherung, oder, wenn man will, die finanzielle Stärkung der deutschen Unternehmer durch die letzten Notverordnungen wird in der ausländischen Unternehmerpresse eingehend besprochen. Das Blatt der französischen Schwerindustrie, L'Usine, widmet der Sache in drei Ausgaben lange Aufsätze. Dort kann man zwischen den Zeilen lesen, daß die französische Industrie nun ebenfalls Hilfe brauche, um dem noch stärker gewordenen deutschen Wettbewerb begegnen zu können. Bei ihrem Einfluß auf die Regierung ist es ziemlich wahrscheinlich, daß sich die französische Schwerindustrie ebenfalls eine finanzielle Stärkung verschafft, so daß in kurzer Zeit das alte Gleichgewicht auf dem Weltmarkt wieder hergestellt sein wird. Dann kann ein neuer Kreislauf in Lohnkürzung und Subventionswirtschaft beginnen.

Hinsichtlich der deutschen Eisenpreise schreibt L'Usine am 23. September: „Es ist ziemlich schwer, bei der deutschen Eisenindustrie das genaue Verhältnis zwischen dem Herstellungspreis und dem Verkaufspreis (im Inland und für die Ausfuhr) zu ermitteln. Immerhin konnten wir über diesen Punkt einige Informationen erhalten. Wir fassen sie zusammen:

Die deutschen Preise für Eisen und Stahl auf dem Innenmarkt sind 100 vH höher als auf dem ausländischen Markt. Zum Beispiel 109 M — 5 M (Prämie) = 104 M für Stabeisen auf dem Innenmarkt und nur 48 M für die Ausfuhr. Die deutsche Industrie verliert gewaltig, nicht nur durch die direkten Ausfuhrschiffe, sondern auch durch die Geschäfte, wo für die AVI (Rückvergütungen) an die Verbraucher entrichtet werden. Andererseits bringen die Preise für den Innenmarkt einen ziemlich hohen Profit trotz der Herabsetzungen im letzten Jahre. Unter diesen Umständen ist es wirklich interessant, den Herstellungspreis einer Tonne Stahl im Werk in Mark kennen zu lernen (der zum ersten Male veröffentlicht wurde). Hier diese Preise für den Monat August:

Stabeisen 82 M, Schienen 80 M, Bleche 6 mm 93 M, Rohstahl (Thomas) 75 M und Winkelleisen 7,5 cm 87 M.

Die Verkaufspreise auf dem Innenmarkt sind 27 bis 40 M die Tonne höher als der Herstellungspreis (Kosten der Amortisation, Zinsen usw. eingeschlossen); aber die Ausfuhrpreise sind um 30 bis 40 M niedriger.“

Soweit das Blatt der französischen Metallindustrie. Wir meinen, diese Angaben sollten auch die deutschen Eisenverarbeiter sowie die Eisenverbraucher gemeinhin kümmern. Denn die deutschen Eisenherren liefern den ausländischen Eisenverarbeitern deutsches Eisen weit unter dem Herstellungspreis, wofür die deutschen Verbraucher aufzukommen haben. Und dank dieser Handlung unserer schwerindustriellen Patrioten bekommen die deutschen Eisenverarbeiter, die für die Ausfuhr schaffen, im Ausland überstarke Konkurrenten. Das wissen schließlich auch die deutschen Fabrikanten. Allein, von einer Rebellion dieser Schädigung der deutschen Industrie durch die Eisenbarone hat noch niemand etwas gemerkt. Die Fabrikanten machen lieber für die Schwierigkeiten ihres Wettbewerbs auf dem Weltmarkt die — hohen deutschen Löhne und Soziallasten verantwortlich. Das ist natürlich unsinnig, aber es ist viel einfacher und kostet keine Anstrengung.

Die Schwerindustrie verschwendet weiter

In dem Verlag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist eine Schrift über die deutsche Großeisenindustrie erschienen. Darin wird knapp und treffend die Stellung der Eisenindustrie in der Wirtschaft, ihre Standortbedingungen, Rohstoffversorgung und Arbeitsmarktprobleme dargestellt. Am Schluß wird die Stellung der Großeisenindustrie in der Wirtschaftspolitik vor und in der Wirtschaftskrise besprochen, und Richtlinien für die Neuordnung der deutschen Eisenwirtschaft veröffentlicht. Wir lassen aus dem beachtenswerten Werk einige Sätze folgen, die auf die Verschwendung, die in der Großeisenindustrie heute noch getrieben wird, ein grelles Licht werfen:

„Bisher blieben die Rationalisierung und die Konzentration einseitig auf technische und betriebsorganisatorische Maßnahmen beschränkt. Die zur Senkung der Gestehungskosten vorgenommenen Einschränkungen u. Stilllegungen gingen zu Lasten der Arbeiterschaft und der öffentlichen Unterstützungskassen vor sich. Gegenüber dieser „negativen Rationalisierung“ in den Betrieben wurde am Durcheinander im kapitalmäßigen Aufbau der Konzerne und in den Verwaltungen wenig geändert. Die von den Konzernen aufgekauften Gesellschaften bleiben größtenteils bestehen; ihre Verwaltungen und Aufsichtsräte werden erhalten. Die Holdinggesellschaften der Vereinigten Stahlwerke und die Tochtergesellschaften des Konzerns, die nicht mehr über eigene Betriebe verfügen, haben zusammen 176 Aufsichtsratsmitglieder. In dem mitteldeutschen Interessensblock Charlottenhütte, Maxhütte, Mitteldeutsche Stahlwerke, Stahl- und Walzwerk Henningsdorf, dessen Werke unter einer Führung stehen, haben die vier Aktiengesellschaften zusammen 85 Aufsichtsratsmitglieder. Gegenwärtig entfallen hier auf 1000 beschäftigte Arbeiter und Angestellte 19 Aufsichtsratsposten. In derselben Weise sind durchweg die Verwaltungen der Gesellschaften aufgebläht. Zur Beseitigung dieser und ähnlicher Mißstände müssen alle überflüssigen Holdinggesellschaften und Tochtergesellschaften aufgelöst werden. Im Zusammenhang damit müssen die übersetzten Konzernverwaltungen abgebaut und vereinfacht werden.“

Eine Berichtigung

Einstellungsprämien drosseln die Wirtschaft

In der letzten Nummer (40) der MZ brachten wir auf der ersten Seite einen Aufsatz über die Einstellungsprämien. Dieser Aufsatz war vor dem Erscheinen der I. Verordnung des Reichsarbeitsministers zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 14. September erschienen. Es macht sich, weil die Rechnung in unserem Aufsatz nicht mehr stimmt, eine Berichtigung notwendig.

Nach dem § 4 der eben genannten Durchführungsverordnung erhöht sich bei Einstellung neuer Arbeiter unter gleichzeitiger Verringerung der Arbeitszeit die Bemessungsgrundlage. Die Erhöhung berechnet sich nach dem Verhältnis der eingetretenen Verringerung der Wochenarbeitsstunden zur Zahl der jeweiligen Arbeitnehmenden. An der in der genannten Nummer unserer Zeitung aufgemachten Rechnung ergibt sich demnach folgende Änderung:

Bisher: 40 Mann je 48 Stunden, insgesamt 1920 Arbeitsstunden
Verdienst je Arbeiter 48 Stunden je 0,80 M = 38,40 M
Gesamtlöhne des Werkes 40 Mann je 38,40 M = 1536,— M bei 1920 Stunden.

In Zukunft: 50 Mann je 40 Stunden, insgesamt 2000 Arbeitsstunden.

Verkürzung der Arbeitszeit 20 Stunden.

Verhältnis von 8 zu 48 = 20 vH Verkürzung.

Die Bemessungsgrundlage erhöht sich also um 20 vH — 40 + 20 vH = 48 Arbeiter. Von den 10 eingestellten Arbeitern können also nur 2 für die Berechnung nach § 1 Abs. 2 der VO vom 4. September 1932 in Frage. 2 zu 48 ist weniger als 5 vH (4,37 vH). Infolgedessen darf keine Kürzung des Lohnes für die 31 bis 40 Stunde vorgenommen werden. Die Gesamtlöhne sind also demnach nicht 1400 M, sondern 1600 M in dem angeführten Beispiel.

Gemeinwohligkeit des Unternehmertums

Die Remscheider und Velberter Unternehmer der Metallindustrie waren kürzlich beisammen. Dort schmunzelte der Generaldirektor des Alexanderwerks in Remscheid — H a g e r heißt er — allerhand über Staat, Wirtschaft, Notverordnung und sogar über die ethische, sittliche Grundlage des Unternehmertums. Wenn solch gediegene Sachen in die deutsche Öffentlichkeit geblasen werden, so geschieht das nicht von ungefähr. Die Papensche Notverordnung, dieser Rebbach für die Unternehmer, hat die hohe Redekunst entfacht. Sie erging sich in der Weisheit, das freie Unternehmertum sei für die Wirtschaft der Regulator, der Staat habe sich nicht einzumischen — bis auf weiteres natürlich nur, bis die paar Milliarden an Steuergeschenken und Lohngrößen wieder verpulvert sind. Dann natürlich ist die Einmischung des Staates wieder mal willkommen, natürlich nur als Geber, den Profit muß er unangestastet lassen. Den wollen die Herren ganz für sich, ihre Bankrottkosten aber muß der Staat, das heißt der Steuerzahler decken. Seine respektable Rede schloß der Remscheider Generaldirektor mit den schönen Worten: „Der Zweck der Arbeit muß das Gemeinwohl sein!“ — Sehen wir nun zu, wie das Wort von dem Gemeinwohl zu deuten ist.

Zwei Tage nachdem unser Remscheider Büttenredner geredet hatte, gab es in seiner Fabrik folgenden Anschlag:

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 3 der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 machen wir hiermit folgendes bekannt:

1. Die Zahl der am 15. 8. 1932 beschäftigten Arbeiter unseres Betriebes betrug nach Abzug der gemäß Verordnung nicht mitzunählenden Lehrlinge, Praktikanten usw. 406.
2. Die Zahl der heute von uns beschäftigten Arbeiter beträgt nach dem entsprechenden Abzug 770.
3. Nach § 2 der Verordnung vom 5. September 1932 bzw. § 1 der Durchführungsverordnung vom 21. September 1932 beträgt, da die Zahl der Arbeiter um mehr als 25 vH zugenommen hat, die Ermäßigung für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde (10 Stunden)

- a) für die Stundenlöhner für diese 10 Stunden 50 vH des tariflichen Lohnsatzes,
- b) für die Akkordarbeiter für diese 10 Stunden 45 vH des Akkordverdienstes.

4. Für die 1. bis 30. Wochenarbeitsstunde und die über 40 Stunden hinausgehende Wochenarbeitszeit finden auf Grund der Verordnung keinerlei Kürzungen statt.

5. Die überrariflichen Zulagen werden für die ganze Arbeitszeit, also auch für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde, voll bezahlt.

Beispiel für Lohnarbeiter:

Stundenlohn 85 Pf. — Tarifgruppe BI — wöchentliche Arbeitszeit = 52 Stunden.

1. bis 30. Stunde = 30 × —,85 = 25,50 M
31. bis 40. Stunde = 10 × —,33 = 3,30 M
31. bis 40. Stunde = 10 × —,19 = 1,90 M
41. bis 52. Stunde = 12 × —,85 = 10,20 M
Summa 40,90 M

Seitheriger Verdienst —,85 × 52 = 44,20 M.
nach neuer Ausrechnung = 40,90 M.
Differenz insgesamt 3,30 M pro Arbeitswoche.

Beispiel für Akkordarbeiter:

Verdienst des Arbeiters in einer Arbeitswoche bei 52 Stunden = 52 M entspricht einem Verdienst pro Stunde von 1 M.
Für die 31. bis 40. Arbeitsstunde = 10 Stunden = 10 M.
Ermäßigung laut Verordnung 45 vH von 10 M. = 4,50 M.
Seitheriger Verdienst = 52 M.
Nach neuer Ausrechnung = 47,50 M.
Differenz insgesamt = 4,50 M pro Arbeitswoche.

6. Diese Bekanntmachung tritt mit der Lohnwoche in Kraft, die am Montag, den 26. September 1932 beginnt.

7. Dem Schlichter ist gemäß § 3 der Verordnung Anzeige erstattet.

8. Der Betriebsrat ist von dem Inhalt der Bekanntmachung verständigt.

9. Bezüglich Regelung der Angestellten erfolgt Bekanntmachung in der nächsten Woche.

Remscheid, den 23. September 1932.

Alexanderwerk A. von der Nahmer AG, Remscheid.

Demnach wird fortan jedem der Zeitlohnarbeiter je Woche 3,30 M für die gleiche Arbeit abgeknöpft. Bei den Akkordarbeitern wird es noch mehr sein. Es sei aber angenommen, der Lohnabzug betrage bei allen 770 Leuten „bloß“ 3,30 M die Woche. Dies ergibt einen Sonderprofit von 2310 M die Woche.

Einen glatten Sonderprofit von 2310 M die Woche — nun wird man die Begeisterung der Herren für die Notverordnung verstehen. Was man aber nicht gleich verstehen dürfte, ist, daß dieser Herr sich erdreistete, zu erklären: Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein! Aber er hatte auch damit recht, denn die Herren Profitmacher buchstabieren, wie es schon sein Urheber, der Krupp, buchstabierte: Der Zweck der Arbeit der andern soll unsre Gemeinwohligkeit sein! So haben es die Herren immer gemeint, so meint es auch der Remscheider Generaldirektor. Die Herren haben ja auch diese Deutung des Wortes von dem Gemeinwohl durch Taten tausendfältig bekräftigt. Der obenerwähnte Anschlag ist ein Beweis mehr dafür.

Die Belegschaft des genannten Alexanderwerks — dessen Generaldirektor so niedlich über die Sittlichkeit des Unternehmertums schmunzelte — hat, wie wir der Vossischen Zeitung vom 29. September entnehmen, die Arbeit niedergelegt, und den Vorschlag des Schlichters, das Arbeitsgericht über den Streit entscheiden zu lassen und die Arbeit gleich wieder aufzunehmen, mit 694 gegen 697 Stimmen abgelehnt.

Weiter berichtet das Berliner Blatt: „Das Unternehmen ist voll beschäftigt und hat seiner Belegschaft eine 52stündige Wochenbeschäftigung bis zum 15. Januar 1933 garantiert. Ende August und Anfang September wurden rund 380 Arbeiter neu eingestellt. Die Gewerkschaften aber wenden ein, daß es sich nicht um echte Neueinstellungen handle, sondern um Wiedereinstellung von nur bis zum Eintritt besserer Beschäftigung beurlaubter Leute . . . Die Verwaltung (des Werks) hat noch keine Beschlüsse gefaßt. Aber es liegt ein Beschluß des Arbeitgeberverbandes vor, wonach eine Gesamtaussperrung im Remscheider Bezirk erfolgen soll, wenn die Arbeit im Alexanderwerk nicht wieder aufgenommen wird...“

Wenn dieser Bericht richtig ist, dann ist der Sachverhalt wie folgt: Die organisierte Unternehmerschaft droht mit einer Aussperrung im ganzen Bezirk, weil die Arbeiter sich gegen eine nach ihrer Meinung verfassungswidrige Beklauung der Lohntüte wehren. Die organisierten Unternehmer handeln gemeinsam, um einen ihrer Standesgenossen eine Lohnkürzung durchsetzen zu lassen. Die Unternehmer legen also lieber die Industrie des ganzen Bezirks still, ehe sie einen der ihren allein lassen. Soll dadurch die Wirtschaft angekurbelt werden? Unsinn, um die Wirtschaftsankurbelung ist es, wie Figura aufs neue zeigt, nicht im geringsten zutun. Ihnen geht es um den Profit, um nichts anderes. Da sie jetzt dank der Notverordnung ihren Profit vom Lohne abzwicken können, wird eben vom Lohn abgezwickelt. Nun wird man die Rede des Generaldirektors vom Alexanderwerk erst richtig beurteilen können.

Stilllegung der Ilse der Hütte

Das Echo der Papen-Notverordnung

Am 3. September sind das Hochofenwerk Groß-Ilse, das Peiner Walzwerk, der Lengede-Bültener Erzbergbau und die Mindener Kohlengruben stillgelegt. Diese Betriebe, die zu dem Konzern Ilse der Hütte vereinigt sind und im Jahre 1930 noch 10550 Leute beschäftigten, haben ihre Belegschaft innerhalb des Jahres 1931 auf 5073 vermindert. Von einigen Arbeitern abgesehen, die zur Verrichtung von Notstandsarbeiten und zur Erzeugung des Gases für die Ferngasversorgung benötigt werden, gehen die andern Tausende jetzt stempeln. Nach einer Verlautbarung des Vorstandes der Ilse der Hütte wird die Stilllegung der Werke mit Sparmaßnahmen begründet. Die Betriebe sollen, nach Angabe der Industriellen, auf vier Wochen geschlossen und nach Ablauf dieser Frist, „wenn die Verhältnisse nicht inzwischen eine Verschlechterung erfahren haben“, wieder geöffnet werden. An die Wiedereröffnung der Betriebe nach 4 Wochen glaubt in Peine kein Mensch. Vielmehr wird allgemein die Meinung vertreten, daß die Stilllegung den ganzen kommenden Winter über anhalten kann.

Die Belegschaft der Ilse der Hütte galten bis vor Kurzem als Jubiläumsarbeiter. Nach 25 Jahren schwerer Qualerei gab es die bekannte silberne Uhr, und der Name des Jubilars wurde in Fettdruck in der Ilse der Hüttenzeitung erwähnt. Nach der großen zehnwöchigen Aussperrung im ersten Quartal des Vorjahres, die bekanntlich mit dem zehnpromzentigen Lohnabbau endete und der seit dieser Zeit eingeführten Kurzarbeit (3 Tage die Woche) ist der Glaube der Arbeiter an das kapitalistische System auf den Nullpunkt gesunken. Trotz schwerster Arbeit, Antreiberi und Minutenrechnung sind die Löhne auf den hiesigen Werken ein einziger Skandal. Der Spitzenlohn eines Facharbeiters beträgt 55 Pf., eines Angelernten 50 Pf. und eines Ungerlenen über 25 Jahre 47 Pf. Die Vergütung des dreiköpfigen Vorstandes aber „und des mit der besonderen Überwachung und Leitung der Geschäftsbetriebs Beauftragten“ (1) betrug im Jahre 1931 218 400 Mark. Dabei ist die Produktionsleistung in der Rohstahlerzeugung je Mann von 144 Tonnas des Jahres 1913 auf 174 Tonnas im Vorjahre gestiegen.

Die Bilanz der Ilse der Hütte schließt 1931 bei einem Gewinn von 408 M mit 117 711 428 M ab, einschließlich der jetzt betragenden Darlehen von 39 097 000 M und der unter das von der Reichsregierung im Vorjahr verordneten Stillhalteabkommen fallenden Bankschulden von 17 621 000 M. Dabei haben neben Abschreibungen sogenannte Wertberichtigungen von 7,7 Mill. M stattgefunden, über die gesagt wird: „Infolge der zur Zeit des Bauens herrschenden Übertreibung standen sie (Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Anlagen und Werkzeuge) trotz aller Abschreibungen mit Werten zu Buch, die der jetzigen Preislage nicht mehr entsprechen.“

Das zusammengezogene Vermögen der Ilse der Hütte befindet sich bei einem Aktienkapital von 43 100 000 M auf 127 951 239 M. Beachtenswert ist, daß jetzt mit der Tilgung der Vorkzugsaktien begonnen wird, die im Jahre 1920 zum Schutz gegen Überfremdung (1) geschaffen und mit mehrfachem Stimmrecht ausgestattet wurden. Heute glaubt man

„auf den Schutz der Stimmrechtsaktien verzichten zu können“. Man wird mit der Annahme kaum fehlgehen, daß diese mit mehrfachem Stimmrecht ausgestatteten Vorkzugsaktien nur geschaffen wurden, um einer anderen Überfremdung vorzubeugen. Im Jahre 1919/20 war nämlich eine starke Stimmung für die Verstaatlichung der Werke im Gange. Um diesem vorzubeugen, sollte das Aktienkapital um 20 Mill. M erhöht werden. Diese Aktien sollten vornehmlich von den Arbeitern gezeichnet werden. Daher die mit mehrfachem Stimmrecht ausgestatteten Vorkzugsaktien.

Mit dieser Stilllegung erwachsen der Stadt Peine und den Gemeinden des Kreises neue ungeheure Ausgaben. Nach Ablauf der sechswöchigen Arbeitslosenunterstützung werden den ohnehin schon von einem Heer von Wohlfahrtserwerbslosen erdrückenden Gemeinden neue Lasten aufgebürdet. Die Stilllegung der Werke auf längere Sicht bedeutet für die Gemeinden, und ganz besonders für die Stadt Peine den sicheren Tod, da das Wachsen dieser Kommunen eine Folge des Wachstums der hiesigen Industrie ist.

Die Entwicklung der heimischen Industrie ist abhängig von der Überwindung der Wirtschaftskrise. Wird diese Krise noch einmal im kapitalistischen Sinne überwunden, dann werden die Löhne der Walzwerks- und Hüttenarbeiter mit den Löhnen der chinesischen Kulis auf eine Stufe kommen.

Ethik sagen Sie — des Geld der andern meinen sie!

Auf einer Tagung der Wirtschaftlichen Verbände der Remscheider und Velberter Industrie sprach ein Fabrikant über die ethische Fundierung des selbständigen Unternehmertums:

„Der Unternehmer unternimmt unter Einsatz seines Vermögens und seiner Person das volle Risiko und erhält als Ausgleich den Verdienst. Erst der Gewinn gibt dem Unternehmer die Möglichkeit, zum Wohle der Volkswirtschaft und zum Besten der Allgemeinheit an der Güte seiner Erzeugnisse zu arbeiten.“

So viel Worte, so viel Heuchelei. Einsatz seines Vermögens? Wenn die Herren die Firma pleite machen lassen, bleiben sie in aller Ruhe auf ihrem Privatvermögen sitzen. Im übrigen ist es gerade die Kunst des Unternehmers von heutzutage, Geschäfte zu machen nicht mit dem eigenen Vermögen, sondern mit dem Einsatz des Vermögens von anderen. Der Profit ist die Prämie dafür, daß der Unternehmer das Vermögen von anderen riskiert. Im übrigen „Risiko“, wenn der Staat subventioniert, falls die Pleite droht, Risiko bei Steuergutschriften und 400-Mark-Prämien! Dann reden sie von der Ethik des Kapitalismus! Vermehrte Ausbeutung, Lohnherabsetzung mit staatlicher Hilfe — das ist ihre Ethik. Es ist doch ein tröstliches Bewußtsein für die Arbeiter, daß sie zur höheren Ehre der Ethik der Privatkapitalisten hungern müssen!

Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Poeschl-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Rauschend ziehen die großen Granaten über uns hinweg und detonieren hinten, weit hinten, dort, wo wir herkamen: es sind die Morgengröße von der anderen Seite.

Vorne wird der Marsch schneller, wir müssen ebenso schnell folgen, es kann nicht mehr lange so weitergehen. Einige Kameraden fallen schon plumpsend aus der Kolonne heraus und bleiben eine Zeitlang an der Seite im nassen Dreck liegen. Aber bald erheben sie sich wieder, laufen keuchend wieder in ihre Löcher; denn sie wissen, daß sie hier allein verloren sind.

Unsere Reihen geraten in Unordnung. Wir müssen vor großen Einschlaglöchern ausbiegen. Sie sind mit Wasser gefüllt. Große Kaliber müssen hier erst vor kurzem eingehauert haben: denn links im Chausseegraben sind frische Erdhügel aufgeworfen: die ersten Gräber, die wir sehen, mit einfachen Holzkreuzen gekennzeichnet, die schief und elend in der Morgendämmerung stehen. Wir mögen nicht hinsehen, aber immer wieder irren die Blicke auf sie hin: ein, zwei, fünf, sechs, acht, neun Kreuze zähle ich. Es sind die ersten Gräber des Todes vom Chemin des Dammes. Es ist, als winkten sie uns zu sich heran: Kommt her, ihr, die ihr noch aufrecht marschieren könnt. Ihr gehört zu uns, ihr seid nicht besser als die, die man unter uns verscharrt hat . . .

Vor den ersten Ruinen eines zerschossenen Dorfes machen wir endlich halt. Die halbe Kompanie sackt dumpf und aufstöhnend zu Boden. Ich bin ebenfalls in die Knie gesunken, fühle meinen Kopf schwer nach unten fallen. Da zieht Kilb mich wieder hoch: „Nicht hinlegen, bleib stehen, Peter. Ich glaube, es geht gleich weiter, und dann fällt es dir nachher um so schwerer. Dies hier ist eine verdammte Ecke, glaub ich . . .“ Wir stehen aneinandergelehnt: Adamzik hockt neben uns, klein und bleich, auf den Rest eines Zaunes neben den Trümmern eines Hauses gestützt. Wir stieren auf die verschwommen im Nebel ragenden Ruinen vor uns. Es riecht brandig. Und nach einigen Minuten, als unsere Sinne ein wenig aufnahmefähiger geworden sind, riechen wir noch etwas, das ist etwas Fremdes, das uns die Übelkeit in den Schlund preßt: einen süßlichen, bitter auf der Zunge liegenden, schwer aufsteigenden Geruch, erstmalig, blutverdickend . . . ich gehe langsam einige Schritte zu Adamzik, er starrt und bewegt den Mund, eine tiefe, tiefe Falte liegt wie ein erstarrter Schrei über seiner Nase . . . Er sagt nur ein Wort, richtet sich dabei auf und wendet sich dann wieder ab: „ . . . Leichen . . .“ Es sind Gefallene in der Nähe, hier zwischen den stumm übereinander geschichteten, vorwärtsvorführenden Trümmern, Leichen, halb verscharrt oder noch unbestattet . . . Wir sehen sie nicht, aber sie hocken schon unter uns, mit einer selbstverständlichen Aufdringlichkeit uns in den Bann ihrer Verwesung ziehend, einstmals marschierende Soldaten wie wir.

Wir plumpe Bündel liegen die Rekruten auf der Anmarschstraße, regungslos, so wie sie zusammensanken . . . Einige schlafen, man kann ihren rasselnden, schnarchenden Atem aus dem Nebel heraus hören.

Ein heftiger Stoß weckt mich. Ich schnelle hoch, aber sofort knicke ich wieder ein; ich kann mich nicht aufrecht halten. Es ist, als wenn in meinen Unterschenkeln das Blut zu Blei erstarrt sei. Der ganze Körper schmerzt, ein Dröhnen ist in meinem Kopf. Ich blicke irrt um mich, ich weiß nicht, wo ich bin. Ich werde hochgezerrt, geschüttelt, bekomme einen neuen Stoß: Kilb steht vor mir. „Hoch, Menschenskind,“ schreit er mich an, seine Augen sind ganz dunkel. Rasselnd erhebt sich die Kompanie, läuft zusammen, die Gruppenführer suchen ihre Leute. Befehle irren hin und her: „Antreten . . . leise . . . nicht sprechen . . . ohne Tritt marsch . . .“

Im schnellsten Schritt marschieren wir durch die Trümmer des Dorfes . . . der Nebel zerflattert, langsam fällt er wie graue Schleier an den Mauern nieder, umhüllt noch unsere Beine. Es ist hell, eine blasser Sonne steigt über den Höhen vor uns auf, gespenstisch, unwahrscheinlich, eine fremde Sonne . . . Die Erde, der Himmel, die Luft . . . alles ist mir fremd geworden. Nach dem totähnlichen Schlaf sind wir in das Reich des Krieges eingetreten . . . hinter uns ist ein Abgrund, wir können nie wieder zurück, wir sind andere Wesen geworden. Blut und Fleisch haben keine Geltung mehr, wir sind eine graue, zähe sich vorwärtsschiebende Masse, Lava aus dem Vulkan Krieg, zermalmend alles, was vor uns ist . . .

Jetzt ist über uns ein Summen, nie gehört. Wir blicken scheu nach oben, ohne etwas zu sehen. Wir wissen nicht, was es ist, woher es kommt, ob von vorn oder von hinten. Manchmal ist es wieder still, dann sehen wir uns an, fragen uns stumm. Plötzlich aber hören wir das Summen deutlicher, näher über uns. Unsere Schritte werden unzuföhlen noch schneller, wir laufen fast . . . Und immer noch nicht wissen wir, was uns hetzt. Bis endlich ein Befehl durchkommt, der mit erschreckender Deutlichkeit uns die Ungewißheit nimmt: „Schwärmen! . . .“ und gleich darauf: „Fliegerdeckung . . .“ Und dann sind sie ganz tief über uns, blitzschnell niedergestoßen aus dem Dunst der Luft. Wir sehen die blanken Tragflächen sekundenlang in der Sonne aufglänzen, wir hören das schaurige Brummen der Motoren. Es nimmt uns die Luft, wir wagen kaum zu atmen; zum ersten Male fühlen wir uns wehrlos dem Tode und der Vernichtung ausgeliefert . . .

Die Marschstraße ist leer. Wir drücken uns an den Mauerresten entlang, Schritt für Schritt vorwärtstastend, als gingen wir auf Sumpfboden . . . Wir fühlen uns von tausend scharfen Augen beobachtet und erspäht. Viele sind liegen geblieben, graben ihre Gesichter in den Dreck. Andere laufen zurück, werfen sich hin, springen wie elektrisiert wieder hoch, schnellen vor wie Gummibälle.

Knagternd jagt das französische Geschwader über uns hinweg. Es fliegt kaum hundert Meter hoch . . . ich erkenne deutlich die blau-weiß-roten Ringe unter den Tragflächen. Aber es geschieht nichts, wir lösen uns sekundenlang aus der schmerzenden Starre und fühlen gegenseitig, wie unsere Leiber zittern.

Wir horchen zusammengekrümmt weiter nach oben, minutenlang nur immer das Summen, das so unbestimmbar entfernt ist, in den Ohren, mahnd aber, daß der fliegende Tod uns sucht, scharfer seine stechenden Augen auf uns einstellt, um uns ganz sicher zu fassen und zu vernichten. Kein Befehl erreicht uns mehr, alles liegt unter und zwischen den Trümmern und wartet wie wir auf die erste Bombe . . . wo . . . wo . . . wo . . . wird sie einschlagen? . . . Wird sie ausgerechnet mich treffen? Oh nein, mich sicher nicht, dort rechts wird sie einhauen . . . dort, wo die andern liegen, die mich jetzt gar nichts angehen . . . denn ich . . . muß . . . leben bleiben . . . Jeder denkt so, und über diese weißgraue Wüste von Stein, Schutt und verkohlten Balken schwebt eine ungeheure Sehnsucht, atmet keuchend ein unhörbares Wort: „Lebenbleiben . . .“

Mit einem Male hetzt es rasend, rauschend und brüllend über uns hin: sie sind wieder da . . . noch dichter über uns . . . ungeheures Knattern und dröhnen rasend anschwellendes Fauchen unseren Herzschlag stocken: die Erde birst und klafft donnernd auseinander, die Luft ist Feuer, Schwefel, Dampf und erstickender Rauch, der Himmel poltert wie ein gesprengter Aschendom über uns zusammen . . . wir sind taub, wir reißen uns mit mechanischen Bewegungen die Rockkragen auf . . . Luft . . . Luft . . . Luft . . . wieder brüllt und kracht es wie

tausend Gewitter . . . und wieder und wieder: viermal kurz und teuflisch hintereinander. Ich liege mit dem Gesicht in Schutt und Steinen, meine Beine hängen hoch, verstrickt in irgend etwas, so daß ich mich nicht bewegen kann.

Ich liege eingeklemmt zwischen Blöcken und Balken. Nur mein linker Arm ist frei, ich fahre mit der verkrusteten Hand über mein Gesicht, über das es warm und stetig rinnt: Blut . . . mein Blut . . . oder ist es fremdes Blut? Ich will nach den Patronentaschen greifen, meine Verbandpäckchen herausziehen, alles um den Kopf wickeln, ich bin doch sicher schwer verwundet . . . so sind meine blitzartigen Gedanken. Aber ich fühle keinen Schmerz . . . fühle nur dumpf die auf mir wuchende Last, unter der ich mich nicht bewegen kann. Ich kann meine Patronentaschen nicht erreichen, ein dicker Balken liegt darauf. „Karll!“ schreie ich dann in siedendheiß aufsteigender Angst. „Karll! Kamerad! Kamerad!“ Ich liege mit dem Gesicht nach oben, Staub, feiner Staub wie Nebel senkt sich langsam herab . . . alles überdeckend wie ein Leichtenuch . . . Kreidestaub . . . durch ihn hindurch sehe ich einen blassen Himmel und wie einen schlechtgeputzten Messingteller die Sonne . . .

„Hierher! Hier . . .“ höre ich draußen Stimmen, hastende Schritte nähern sich. Ich sinke langsam in bleierne Bewußtlosigkeit . . . ich habe einen Wunsch, einen letzten Wunsch . . . wohligh fast durchströmt mich im Hinabgleiten in die Ohnmacht eine Sehnsucht: . . . ach bitte, liebe Kameraden, laßt mich hier liegen . . . nicht weiter . . . nur nicht wieder marschieren . . . laßt . . . laßt . . . mich . . . doch . . . allein . . . Meine Hand, eben noch krampfhaft hochgereckt, sinkt schlaff herab, und ich fühle, wie sich unter den geschlossenen Augenlidern die Nacht des Todes wie ein schwerer schwarzer Vorhang über mein Sein herabsenkt . . .

Eine Hand fährt mir über die Augen, benetzt sie mit etwas Scharfem, stark Riechendem. Die Last auf meinem Leibe weicht. Weiter reiße ich die Augen auf: vor meinem Gesicht

Lachen und Weinen

Fast immer schwingt eine leise Geringschätzung mit, wenn wir von Menschen sprechen die der Gefühlsäußerung des Weinens unmittelbar die des Lachens folgen lassen können. Sie haben, wie sich der Volksmund ausdrückt, „Weinen und Lachen in einem Säckchen“. Mit dieser Geringschätzung verbindet sich nicht selten bei uns die Vorstellung, daß diese Menschen irgendwie heucheln; besonders bei Kindern geht uns das oft so. Wir nehmen dann solche Gefühlsäußerungen nicht ernst, sondern werten sie als Ausflüsse launischer Impulse. Von Menschen, denen die Tränen sehr locker sitzen, sagen wir geringschätzig: „Sie haben zu nah ans Wasser gebaut.“ Auf andere, die oft aus vollem Halse lachen, wenden wir den Satz an: „Der Narr, er lacht; der Weise lächelt nur.“

Ist es denn nun wirklich erstaunlich oder gar verwerflich, wenn Menschen „Lachen und Weinen in einem Säckchen“ haben? Ist es wirklich ein Vorteil, wenn wir Erwachsenen uns so beherrschen gelernt haben, daß wir weder der Gefühlsäußerung des Weinens noch der des Lachens herzhaft und impulsgemäß nachgeben, oder ist es nicht vielmehr eine Verkümmern gewisser Fähigkeiten, die uns eine gütige Mutter Natur zur Abregierung seelischer und körperlicher Hemmungen und Spannungen verliehen hat?

Es geht über den Rahmen dieses Aufsatzes hinaus, eine physiologische Deutung des Weinens und Lachens zu geben, um so mehr, als bisher die Wissenschaft noch keine völlig befriedigende Erklärung dieser beiden Gefühlsäußerungen erbracht hat. Das Weinen zum Beispiel deutet man einfach als Reiz, der, von den Nerven ins Gehirn geleitet, dort die Reaktion der Tränenrüsen auslöst. Aber derartige Deutungen können uns nicht genügen. Es will uns wohl einleuchten, daß zuerst eine rein äußerliche Augenreizung ein Tränen des Auges hervorruft, um einen Fremdkörper hinwegzuspülen. Nahe genug liegt ferner die Deutung, daß die Natur, analog ihrer Absicht, schmerzliche Spannungen zu lösen, die spannungslösende Wirkung der Tränen, die zuerst rein physiologisch war, auch auf das Abregieren seelischer Spannungen anwandte. Also besteht auch hier, wie überall beim Menschen, eine innige Verquickung rein körperlicher Vorgänge mit seelischen. Tatsächlich sind beide nicht voneinander zu trennen.

Wir alle wissen, daß oft ein körperliches Unbehagen seelische Verstimmung zur Folge hat, daß sich bald beide sublimieren und in einem erlösenden Weinen, das glättend alle Unebenheiten des Körpers und der Seele hinwegspült, ihre Entspannung finden. Der Ausdruck „erlösendes Weinen“ dokumentiert deut-

Blendender Lichterglanz in der Unterwelt

Vor ein paar Wochen flog der Professor Piccard weit hinauf in die Oberwelt, um nachzuforschen, wie dort die Dinge stehen. Jetzt ist Dr. William Beebe weit hinunter in die Unterwelt gefahren, um herauszufinden, was dort krencht und flucht. Daß dort unten Seltsames vorhanden ist, bekamen die New Yorker Eingeborenen am Spätnachmittag des 22. September direkt aus der Meerestiefe durch Radio zu hören.

Dr. Beebe ist in der Höhe von Nonsuch Island in der Bathysphäre hinabgestiegen. Die Bathysphäre ist eine Stahlkugel mit Guckfenstern, stark genug, um den ungeheuren Wasserdruck auszuhalten. Die Kugel wurde von einem Kutter aus in die Tiefe gelassen. Oben auf dem Kutter blieb die Sekretärin des Tiefseeforschers für die telephonische Verbindung. Beim Niedergelassen der Kugel herrschte schwere See, so daß der Forscher und sein Begleiter, Mr. Barton, sich fest anklammern mußten. Sie blieben zwei Stunden unten. In einer Tiefe von 1500 Fuß begann Dr. Beebe nach oben zu berichten. Die New Yorker spitzten die Ohren, als sie ganz unvermutet eine Stimme hörten, die merkwürdige Dinge berichtete. Was der Forscher in einer Tiefe von 1700 Fuß durch das Guckloch seiner Stahlkugel sah, sei nun wörtlich wiedergegeben:

„Es ist jetzt pechschwarz hier, schwarz wie die Hölle. Jetzt sehe ich zwei oder drei Fuß entfernte Fische. Ich kann ihre Gestalt durch ihr eignes Licht feststellen. Jetzt sind von den Fischen so viele herum, daß nach allen Seiten blendender Lichterglanz herrscht. Sie schillern in Regenbogenfarben, und die Menge des Lichts hier unten ist erstaunlich.“ Die Farbe dieser Fische schwankt von mattblau zu mattgrün.

In einer Tiefe von 1900 Fuß berichtete der Forscher: „Alles ist hier hell erleuchtet; alles glänzt von Lichter dieser Kreaturen.“

erblicke ich Kilbs klare, ruhige Augen. Er bewegt seinen Mund, aber ich verstehe nichts . . . ich bin taub geworden . . . Kilb nimmt dem Sanitäter die Feldflasche aus der Hand, setzt sie wieder an meinen Mund . . . und ich trinke hastig die brennende Flüssigkeit: gepfefferten Schnaps. Dann muß ich von einem beißenden Kratzen im Halse husten . . . es dröhnt in meinem Schädel . . . und nun kann ich wieder hören, was um mich herum vorgeht . . .

Ich bin vollständig wach und sehe, wie einige Kameraden den Schutt von meinem Unterkörper forträumen . . . Adamzik ist unter ihnen, ich kann ihn kaum erkennen, sein Gesicht ist schwarz wie das eines Negers, und um Hals und das halbe Kinn ist ein Verband gewunden, der sich grauweiß von der Schwärze seines Gesichts abhebt. Er faßt mein Koppel und zerrt daran, als wollte er mich daran hochziehen. Man hebt mich hoch, stützt mich und läßt mich so einige Schritte gehen wie ein Kind, das laufen lernt; es geht noch nicht, ich knicke bei jedem Schritt ein. „Er ist besoffen, Mensch . . . Karl . . . ich glaube, du hast ihm zuviel von dem Fusel gegeben . . .“ höre ich eine Stimme hinter mir. Ich blicke mich um, es ist Gütler, der meinen Affen und meinen Stahlhelm trägt. Und links stützt mich Sievers, der Einjährige, halblaut vor sich himmelmelnd . . .

Ich fasse nach meinem Kopf, und nun merke ich erst, daß man mich verbunden hat. Ich habe also doch etwas abbekommen. „Sist nur ne Schramme, Hamburger . . . hast mächtiges Schwein gehabt . . . aber damit kein Dreck reinkommt,“ Kilb schlägt mich auf die Hand, „daß du mir den Verband nicht abreißt . . .“ Doch als sie mich loslassen, kippe ich gleich vornüber in das Geröll. Fluchend hebt man mich wieder hoch, aber ich will nicht schlapper sein als die anderen, ich will nicht! Wahrhaftig, es geht schon besser, wenn mir auch alle Knochen weh tun. Ich kann den Kopf nicht hochhalten und muß immer meinen blutbefleckten Rock ansehen.

Aus dem Schutt steigen sie heraus, bleich, verstört, mit irren Augen . . . Und aus einem Kellerloch holen sie, zerrn sie einen heraus, der laut jaulend wie ein Hund sich wehrt, wieder an das Licht gezogen zu werden.

Das Summen über uns ist fort, niemand hat die eisernen Vögel daran gehindert, ihren Weg mit Eisen und Blut zu zeichnen. Wehrlos waren wir ihnen ausgeliefert, nichts hat uns geschützt, keine Fliegerabwehrgeschütze, keine deutschen Kampfflieger. Wie Blitze, wie fliegende Vorboten des Todes haben sie uns gegrüßt, kamen und verschwanden sie . . .

(Wird fortgesetzt.)

lich die lindernde Wirkung des Tränenflusses, während das Schluchzen als verkrampft, verdrängtes Weinen anzusprechen ist, das nicht mehr als wohlthuend empfunden wird, sondern schmerzhaft. Verdrängt man Schluchzen und Weinen, so können seelische und körperliche Schäden die Folge sein.

Wie das Weinen, so ist auch das Lachen als Abregierung anzusprechen. Auch hier könnte man sagen, daß eine Gemütsbewegung so groß geworden ist, daß nicht nur der Geist, sondern auch der Körper daran teilhaben möchte. Nicht umsonst prägte man das Wort: „Lachen ist gesund.“ Tatsächlich löst das Lachen ein deutlich verspürbares körperliches Wohlgefühl aus. Beides aber, Lachen wie Weinen, kann im Übermaß, wie jedes Zuviel in der Natur, zu Schädigungen führen, wie sie uns im Lach- oder Weinkampf als gefährlichste Erscheinung entgegentreten.

Nun wird uns der eingangs erwähnte Ausdruck: „Lachen und Weinen in einem Säckchen“ verständlicher. Lachen wie Weinen sind Äußerungen des Gefühls, die einen gemeinsamen Ursprung haben, sich aber in verschiedenen Menschen verschieden offenbaren. Worüber der eine lacht, darüber kann ein anderer weinen. Man kann aus Freude lachen, aber auch weinen, unter Tränen lächeln, vor Zorn weinen oder lachen, aus Mitleid lächeln, aber auch Tränen vergießen.

Es gibt aber auch ein Lachen und Weinen, das nur vorgetäuscht ist, damit eine gewünschte Wirkung erzielt werde: die sogenannten „Krokodilstränen“, wie sie der Volksmund wieder so treffend nennt, oder das kokette Lächeln, das sich bis zum verzerrten, maskenhaften Lachen steigern kann. All diese Äußerungen, die absichtlich hervorgebracht werden, um eine Gemütsbewegung zu verbergen oder eine vorzutäuschen, haben nichts zu tun mit jenem Lachen und Weinen, wie wir es als spannungslösendes Mittel der gütigen Natur erkannten.

Darum, ihr Mütter, freut euch, wenn eure Kinder noch die Biegsamkeit des Körpers und der Seele besitzen, daß sie „Lachen und Weinen in einem Säckchen“ haben können. Das hat nichts zu tun mit Verstellung oder Falschheit, offenbart vielmehr nur die noch weiche, ungeformte und geschmeidige Kindesseele, die wir Erwachsenen nicht vergewaltigen dürfen. Wir ändern aber, ob jung oder alt, wollen lachen, wenn der Körper vor Freude schwingen möchte, weinen, wenn es Erleichterung bringen und schmerzlösend sein kann. Wir wollen aber auch Menschen sein, bei denen man lachen und weinen darf, und diese Gabe einer gütigen Natur nicht mißachten. Aus solcher Haltung brauchen nicht ein Sichgehenlassen und Unbeherrschtheit zu resultieren. Das „Wie“ der Gefühlsäußerung wird doch immer die Kultur und Herzensbildung des einzelnen Menschen bestimmen müssen.

Anni Weber.

In einer Tiefe von 2000 Fuß wurde die Stahlkugel stillgehalten, um photographische Aufnahmen zu machen von den sonderbaren Fischen und den tanzenden Lichtern, wie sie noch nie ein menschliches Auge geschaut hat. „Die See“, berichtete Dr. Beebe weiter, „gleicht jetzt einem klaren Himmel bei Nacht, dessen schwarze Tiefen voller Sterne sind. Der größte Fisch, der nahe herangekommen ist, ist ungefähr 6 Fuß lang und trägt hellglänzende Lichter. Hier gibt es ganze Herden kleiner Wesen; ich weiß nicht, was das ist, ich habe dergleichen noch nie gesehen.“

Was die beiden Tiefseeforscher alles geschaut haben, wird sich besser sagen und bewerten lassen, wenn ihre Photographien vorliegen. In der größten erreichten Tiefe betrug der Druck auf die Stahlkugel 5000 Tonnen. 40 Flaschen Sauerstoff wurden bei der Tiefahrt verbraucht. F. K.

Vom Robot angeschossen

In London wird jetzt auf der Ausstellung für Elektrizität, wie wir News Chronicle vom 19. September entnehmen, ein Maschinenmensch ausgestellt, der einen der stärksten Anziehungspunkte bildet. Der Robot gibt auch Schüsse ab, wobei er ruft: Paß auf, sonst schieße ich deine Hand weg! Diesen Trick sollte der Maschinenmensch abermals vorführen, zu welchem Zwecke ihm sein Erfinder, Mr. Harry May, eine Patrone in die Flinte steckte. Noch ehe dies ganz geschehen, feuerte der Robot schon ab — und schoß in die Hand seines Erfinders. Das Mißgeschick brachte Unordnung in die gespannt zuschauende Menge. Doch es gelang dem Opfer des Robot, sie bald wieder zu beruhigen. Der Erfinder konnte für den Unfall keine andere Erklärung geben, als daß wahrscheinlich einer der Zuschauer an dem Mechanismus herumgemacht habe. Die Vorführungen würden aber trotz der Verwundung weitergehen, damit es nicht hieß: „Alpha, der Maschinenmensch, sei Herr seines Herrn geworden.“



Verbandsleben



Betriebsrätewahlen im nächsten Jahr?

Von einem Betriebsrat

Die Belegschaft eines Betriebes sieht in dem Betriebsrat ihren Rechtsanwalt. Zu ihm werden die kleinsten Schmerzen privater Natur wie die verwickeltesten Streitfälle arbeitsrechtlicher Art getragen. Den Nutzen der Arbeiterrätigkeit hat zunächst die Belegschaft, dann die Gewerkschaft, also die ganze Arbeiterklasse.

Andrerseits sieht der Unternehmer in dem Betriebsrat den Urheber allen Widerstandes, der von der Belegschaft ausgeht. Tüchtige Betriebsräte, die trotz aller Widerwärtigkeiten die Rechte ihrer Kollegen zu wahren wissen, sind meist die von dem Unternehmer und seinen höheren Angestellten bestgehaßten Menschen. Ein Fehler oder eine Überschreitung der gesetzlichen Befugnisse bilden den langersehten Grund zur Entlassung. Die Lücke wird von anderen Funktionären ausgefüllt. Deshalb liegt der sogenannten freien Wirtschaft viel an der Beseitigung der Betriebsräte. Mächtige Anstrengung wird zu diesem Zwecke gemacht.

Entsprechend dem politischen Machtverhältnis vollzieht die herrschende Klasse die Faschisierung Schritt für Schritt. Ein zu schnelles Tempo würde ja die Arbeiterklasse geschlossen auf den Plan rufen! Zunächst wurde durch Notverordnung die diesjährige Wahl der Betriebsräte aufgehoben. Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß die Betriebsrätewahlen Beunruhigung in die Betriebe brächten und daß gegenwärtig die durch die Krise stark in Mitleidenschaft gezogene Wirtschaft einer ruhigen Entwicklung bedürfe.

Trotz größter Anstrengung ist es den faschistischen Zellen nicht gelungen, in den Betrieben nennenswerten Einfluß zu bekommen. Hier versagen die Schmier- und Wahlgelder der Schwerindustrie. Die Phrasen der Faschisten verfangen hier nicht, wo Tag für Tag mit dem Unternehmer ein hartnäckiger Kampf um Bruchteile von Pfennigen geführt werden muß. Der Werkgemeinschafts- oder der Volksgemeinschaftspleen wird im Betrieb dem Arbeiter durch den rücksichtslosen Lohnraub ausgetrieben. Hier bekommen die Arbeiter den Klassenkampf von oben stündlich vor Augen geführt.

Die herrschende Klasse wußte, daß die Neuwahlen der Betriebsräte dem Marxismus keine Wunde schlagen konnte. Wenn sich Veränderungen ergeben hätten, dann wären es nur Folgen der Radikalisierung der Belegschaften gewesen. Hieran aber hatten die Unternehmer nicht das geringste Interesse.

Wenn in den Organisationen der freien Gewerkschaften schon seit Jahren die Zweckmäßigkeit einer längeren Amtsdauer der Betriebsräte erörtert wird, dann standen folgende Gesichtspunkte im Vordergrund: Die an den Betriebsrat gestellten Anforderungen verlangen nicht nur theoretische Schulung auf den Gebieten des Betriebsrätengesetzes, der Tarifverträge, des Arbeitsrechts, der Arbeitszeitgesetze und des Unfallschutzes, sondern vor allem eine jahrelange praktische Erfahrung. Die Amtsdauer von einem Jahr ermöglicht nicht die Aneignung aller dieser Kenntnisse. Die Erfahrung zeigt auch, daß durch allzuoftenen Wechsel der Betriebsräte die Belegschaft den Schaden zu tragen hat. Diese Gründe bedingen wohl eine ernsthafte Prüfung der Frage, ob die Amtsdauer der Betriebsräte zu verlängern ist, bedingen aber nicht eine Bejahung der Notverordnung über die Verschiebung der Betriebsrätewahl.

Die Arbeiterschaft eines Betriebes muß immer die Möglichkeit haben, die ihren Betriebsräten übertragene Funktion zu überwachen und dafür zu sorgen, daß dem Willen der Wähler Rechnung getragen wird. Entspricht die praktische Tätigkeit der Betriebsräte nicht mehr dem Willen der Belegschaftsmehrheit, dann muß der Betriebsrat nach demokratischen Grundsätzen abtreten und seine Funktion an die von der Belegschaft neu berufene Vertretung übergeben. Auch ohne daß schwer gegen den Willen der Belegschaft verstoßen würde, ist die alljährliche Stellung der Betriebsräte zur Neuwahl eine gewerkschaftliche Notwendigkeit, von der nicht abgesehen werden kann. Eine sachliche Kritik der Arbeiterschaft am jährlichen Geschäftsbericht des Betriebsrats trägt sehr oft zur Beseitigung von Mißverständnissen bei, zeigt Fehler auf und wird Wegweiser für die künftige Betriebsrätetätigkeit. Nur wenn sich die Betriebsräte jedes Jahr zur Wahl stellen und wieder auf ihren Platz gestellt werden und dadurch die Möglichkeit besteht, daß unfähige Funktionäre durch die Belegschaft abgesetzt und an ihre Stelle bessere gestellt werden können, bleiben die Betriebsräte Funktionäre der Belegschaft, Organe des betrieblichen und gewerkschaftlichen Strebens der Arbeiterklasse.

Im vergangenen Jahre wurde ein ungeheurer Lohnraub durchgeführt. Schlichter und Unternehmer ergänzten sich bei dieser Aktion vortrefflich. Diese Maßnahmen, als auch die gewalttätige Kürzung der Sozialleistungen brachten für die herrschende Klasse die Gefahr einer rapiden Radikalisierung der Arbeiterklasse — und damit eine Revolutionierung der Belegschaften großer Betriebe. Um Wechselseitigkeiten vorzubeugen, wurde die Amtsdauer der Betriebsräte um ein Jahr verlängert. Mit dieser Maßnahme ist zum erstenmal seit Bestehen des Betriebsrätengesetzes den Belegschaften das Recht genommen, ihre Räte zu wählen. Bei der immer offener werdenden Verbundenheit zwischen kapitalistischer Wirtschaft und Staat, bei der Tatsache, daß der Staatsapparat zum Vollstrecker privatkapitalistischer Wünsche wird, und bei der fortschreitenden Faschisierung des Staatsapparates ist es von der Verschiebung der Betriebsrätewahlen um ein Jahr bis zur Einsetzung der Betriebsräte durch den Staat nur noch ein Schritt.

Vom Unternehmer vorgeschlagene und durch den Staat bestätigte Betriebsräte bedeuten das Ende der bereits stark eingeschränkten Betriebsdemokratie. Be-

triebsräte, die nicht von der Arbeiterschaft gewählt sind und von ihr daher auch nicht verantwortlich gemacht werden können, werden zu willigen Helfern der Unternehmer. Sie verlieren ihren Wert für die Betriebsarbeiter. Aus den Rechtsanwälten der Arbeiter werden willfährige Lakaien der Ausbeuter. Der verlängerte Arm der Gewerkschaften wird zu einem Werkzeug der herrschenden Klasse.

Unter diesen Gesichtspunkten gewinnt die kommende Betriebsrätewahl eine erhöhte Bedeutung. Das Betriebsrätengesetz ist noch ein Aktivposten des Proletariats, für den es sich zu kämpfen lohnt. Wenn die Faschisierung des Staatsapparates weiter zunimmt, wenn Teile der proletarischen Klasse irren und auf die Phrasen der Kämpfer für das Dritte Reich hereinfallen, dann müssen die Betriebe erst recht, ja gerade deshalb zu Hochburgen der Arbeiterschaft werden.

In den Betrieben werden Massen von Proleten zusammengepfercht. Von deren größerer Ausbeutung will der Kapitalismus seine Lebensdauer verlängern. Hier muß der Widerstand gegen ein Versinken in barbarische Zustände organisiert werden. Dazu gehört in erster Linie die Erhaltung der von der Arbeiterschaft zu wählenden Betriebsräte.

Notverordnung, Unternehmer und Polizei

Die weitere Schmälerung der Arbeitslöhne durch Papens Notverordnung wollen sich die Unternehmer nicht entgehen lassen, zumal man diese Schädigung der Arbeiter mit sozialem Augenschlag als Wohltat für die — Arbeitslosen bezeichnet. Aber es geht doch um die Zerschlagung der Tarife, um die Zerstörung der Gewerkschaften, denen eine Beeinflussung der Löhne genommen werden soll. Deshalb wehren sich die Arbeiter um des Lebens willen gegen die notverordnete Zumutung. Reicht der Arbeitsverdienst nicht mehr aus, um das Leben der Arbeiter und ihrer Familien selbst auf der heute erreichten niedrigsten Bedürfnisgrenze zu erhalten, so hat jede Arbeit ihren Sinn verloren. Dann bleibt eben nichts anderes übrig, als die Arbeit einzustellen, bis der Verdienst zum Ersatz der verbrauchten Arbeitskraft und Lebensbedingungen wieder ausreicht.

Weil ein Unternehmer unter dem Schutz der Notverordnung die Tariflöhne von der 31. bis 40. Stunde um 20 vH abbauen wollte, beruft der Bevollmächtigte unserer Verwaltungsstelle X. Wunsch- und pflichtgemäß eine Belegschaftsversammlung ein, damit sich die Arbeiter aussprechen können über den geplanten Angriff auf ihre Lebensmöglichkeit.

Daraufhin erstattet der Unternehmerverband eine Anzeige gegen unseren Geschäftsführer und zwei Ortsverwaltungsmitglieder auf Grund der §§ 110 und 111 des Strafgesetzbuches. Die Polizei leitet ein hochnotpeinliches Verfahren ein, anstatt dem Unternehmervertreter die Tollheit seines Begehrens zu bescheinigen.

Der § 110 des Strafgesetzbuches lautet:

„Wer öffentlich vor einer Menschenmenge, oder wer durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderen Darstellungen zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen auffordert, wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“

Das wäre so recht ein Stückchen nach dem Herzen aller Scharfmacher, jeden Arbeiter, der sich gegen den Lohnabbau durch die Notverordnung zur Wehr setzt, bis zu zwei Jahren einsperren zu lassen. Mindestens wäre man die verdammten Gewerkschaftsvertreter einige Zeit los. Schade nur, daß unendlich viele Arbeiter sofort in die Bresche treten würden.

Vor dem Kriege bemühte man sich ganz „oben“ um eine Verschärfung des Strafgesetzbuches gegen die Gewerkschaften. Was waren das doch für Stümper gegen die heutigen erleuchteten Unternehmer — und Polizeier.

Wenn aber Besizende auffordern, die Steuergesetze nicht zu beachten, keine Steuern zu zahlen, wenn sie die Lohnsteuern nicht abführen u. dgl., werden sie dann auch vom Unternehmerverband der Polizei gemeldet nach § 110 des Strafgesetzbuches, oder bemühen sich dann nicht alle Stellen um Steuererlaß, Steuerstundung, Herabsetzung usw.?

Wir sind wirklich neugierig, wie sich die Polizei mit der Anzeige abfinden wird. Vorerst ist niemand zur Aussage vor ihr verpflichtet. Und die Gerichte? Bei Gott und der Justiz ist kein Ding unmöglich, bis die Arbeiterschaft mit dem gesamten Spuk aufräumt. H. Schl.

Die Gewerkschaftsbewegung als Regenschirm

Auf dem Dortmunder Verbandstag des DMV wies der Vertreter des holländischen Metallarbeiter-Verbandes in seiner Begrüßungsrede auf den Zuwachs der Gewerkschaftsbewegung in Holland hin, wobei er sagte: „Leider ist für viele der neuen Mitglieder die Gewerkschaftsbewegung nur der Regenschirm, an dem man bloß bei schlechtem Wetter denkt.“

Ein treffendes Wort. Denn es haben sich tatsächlich unzählige Arbeiter der Gewerkschaftsbewegung aus reinem Eigennutz angeschlossen. Sie betrachten sie als einen Automaten, in den man oben einen Groschen hineinsteckt und unten eine Mark herausbekommt. Daß derartige Mitglieder keinen Gewinn bedeuten, versteht sich von selbst.

Gewerkschaftsmitglied sein heißt, eine Bewegung zu stützen, die auf die gegenseitige Hilfe der Klassengenossen aufgebaut ist und die sofortige materielle und ideelle Hilfe für den Arbeiter zu erlangen sucht. Die Gewerkschaftsbewegung bedeutet die Mobilisierung des geistig aufgeweckten Arbeiters zu dem Zwecke, Ausbeutung und Unterdrückung in jeder Form abzuwehren und schließlich vollständig aufzuheben. Nur auf Eigennutz bedachte Personen sehen in der Gewerkschaftsbewegung etwas anderes.

Als es noch möglich war, Lohnerhöhungen durch gewerkschaftliche Aktionen durchzuführen, haben diese Leute die Forderungen nicht hoch genug treiben können. Wenn sie auch persönlich dem Unternehmer gegenüber die größten Wackelkneppen waren, so sahen sie aber in der Gewerkschaftsbewegung das Mittel, mit dessen Hilfe alles Mögliche und Unmögliche

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750 — 6753

Mit Sonntag, dem 9. Oktober, ist der 42. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. Oktober 1932 fällig.

Am 2. Oktober 1932 ist laut Beschluß des 20. ordentlichen Verbandstages das neue Statut in Kraft getreten. Alle Verbandstätigkeit beziehenden Mitglieder werden von Beginn der 41. Beitragswoche an nach den Bestimmungen des neuen Statuts angesteuert. Für alle Mitglieder, die von diesem Datum an die für ihre Beitragsklasse oder Beitragsstufe in Frage kommenden Unterstützungen bezogen haben, gilt für die Wiederbezugsberechtigung zurückgerechnet die 92wöchentliche Karenzzeit.

Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressverzeichnis mit † bezeichneten Verwaltungen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungen, wo im Adressverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“, ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

zu erreichen ist. Wenn sie in ihren Erwartungen enttäuscht wurden, fingen sie an zu schimpfen, und bei passender Gelegenheit kehrten sie zu dem Haufen von Stänkern und Phrasendreschern zurück. Die Gewerkschaftsbewegung ist aufgebaut auf jenen charakterfesten und selbstlosen Stamm von Proletariern, die in Jahrzehnten mutig und entschlossen für ihre Idee eingetreten sind und keine Mühe und keine Opfer gescheut haben. Es waren dies jene namenlosen Helden, dank deren Wirken die große Freiheitsbewegung der letzten 50 Jahre aufgebaut werden konnte. Jene aber, die nur ernten wollten, wo andere gesät hatten, sind Schädlinge, die immer und überall bekämpft werden sollten. Die vom Deutschen Bauwerks-Bund herausgegebene Zeitschrift Das Bauwerk zitierte in Nr. 9 einen Satz aus dem Gewerkschaftsblatt der amerikanischen Bauarbeiter, der für alle Länder Geltung hat: „Bessere Gewerkschafter sein und weniger an den Straßenecken jammern und schimpfen, wird für die Menschheit mehr schaffen, als je in einer Philosophie erträumt worden ist.“

„Wie halte ich durch?“

Unter dieser Spitzmarke befindet sich in Nr. 35 der MZ ein Aufsatz, worin ein alter Verbandskollege, der lange arbeitslos ist, schildert, wie er und seine Familie sich in dieser furchtbaren Krisenzeit mit dem winzigen Einkommen nährt, nähren muß. Mehrere unserer Leser beschwerten sich nun, daß eine solche Darstellung in der MZ aufgenommen worden ist; sie wittern in der Darstellung dieses alten Kampfgenossen einen — Liebesdienst für das lohnklauende Unternehmertum. Diese Witterung geht natürlich fehl. Unser Verbandskollege wollte seine traurige Lage schildern, und wir, die Schriftleitung, haben die Schilderung aufgenommen als zeitgeschichtliches Dokument, um dem kommenden Verbandsgegenschlecht ein eindrucksvolles Zeugnis für die entsetzliche Lage ihrer Klassen-genossen in der Zeit des kapitalistischen Niedergangs, der Zeit des Verrückelns der wahrwitzigsten aller Gesellschaftsordnungen zu geben. So ist die Veröffentlichung aufzufassen. Und welchen Zweck der Schreiber des Aufsatzes damit verfolgte, sagt er selbst am Schluß: „Im übrigen aber wollen wir uns mit ganzer Kraft dafür einsetzen, daß es bald besser wird.“

Jubilare

Am 1. Oktober beging Ernst Meißner-Berlin sein 25jährigen Dienstjubiläum. Auch von dieser Stelle aus überbringen wir ihm die besten Wünsche und hoffen, daß ihm noch lange vergönnt sein möge, sein Wissen und Können in den Dienst des Verbandes und der Arbeiterbewegung zu stellen.

Dresden ist die Heimat des Kollegen Meißner, der als 58-jähriger bei besonderer körperlicher und geistiger Rüstigkeit sein 25jähriges Jubiläum begehen kann. Er erlernte das Mechanikerhandwerk, und nachdem er 1895 in Dresden Mitglied des Verbandes geworden war, zog er in die Welt. Das Schicksal hat ihn überall herumgetrieben. In Brandenburg an der Havel erfolgte dann am 1. Oktober 1907 seine Anstellung als Kassierer. In diesem Amt wirkte er erfolgreich für seine Kollegen. Im Jahre 1914 erfolgte seine Berufung in das Hauptbüro nach Stuttgart, in dem er heute noch als Statistiker tätig ist. Seine Zuverlässigkeit und sein Arbeitseifer machten ihn für dieses Amt besonders geeignet. Hervorragende Verdienste hat sich Kollege Meißner um das Arbeiterbibliothekswesen erworben. In mühseliger Arbeit sammelte er umfassende literarische Kenntnisse, die er im Dienst der sozialistisch-gewerkschaftlichen Bildungsarbeit verwandte.

Am 10. September feierte die Verwaltungsstelle Wolfenbüttel ihr Stiftungsfest, verbunden mit einer Ehrung alter Mitglieder. 23 Jubilare waren mit ihren Familien erschienen. Der Bevollmächtigte, Kollege Wimmer, hielt die Festansprache. In einem Rückblick zeigte er die Erfolge des Verbandes seit der Gründung. Den Jubilaren sprach er seinen Dank aus für die Treue zur Organisation und hob besonders den Anteil der Lebensgefährten hervor, die durch harte Entbehrungen jederzeit dem Mann treu zur Seite gestanden haben, und wünschte allen als Lohn, dermaleinst die Glocken der Freiheit erklingen zu hören. Eine Ehrenurkunde wurde jedem überreicht. Kollege Werbet dankte im Namen der Jubilare. Ein Tanz hielt die zahlreich Erschienenen noch lange beisammen.

Berichtigung

Zu dem Gedenkwort seines Dienstjubiläums (in Nr. 40 der MZ) teilt uns Kollege Landgraf-Bremerhaven mit, daß er nicht, wie es dort heißt, im Jahre 1904, sondern im Jahre 1901 in den DMV eingetreten ist.

Genossenschaftliche Glühlampenproduktion in Schweden

In Schweden hat jetzt nach einem prächtigen Wahlsieg die sozialdemokratische Partei die Regierung übernommen. Das ist der Ausdruck der Stärke der organisierten Arbeiterschaft, die keineswegs allein im Politischen wurzelt, sondern in allen Zweigen des sozialen Lebens, vor allem auch in der Genossenschaftsbewegung, wovon hier ein schmaler Ausschnitt gegeben sei: Schwedens Genossenschaftsbewegung ist wie alle Teile seiner Arbeiterbewegung vorzüglich durchorganisiert. Über 450 000 Mitglieder gehören in dem kleinen Lande den Genossenschaften an; in Stockholm allein versorgt der Konsumverein 55 000 Haushaltungen mit allen Waren. Man bemüht sich, den eigentlichen Zweck der Genossenschaften zu erfüllen und gute Waren zu billigen Preisen auf den Markt zu werfen, um die allgemeine Preishöhe zu drücken.

In der Linie dieses Strebens liegt auch ein Versuch, der vor drei Jahren unternommen wurde und der sich aufs Glänzende bewährt hat. Bekanntlich ist die Erzeugung von Glühlampen international kartelliert und das Kartell hält für die Erzeugnisse der ihm angeschlossenen Fabriken Preise, die um ein Mehrfaches die Herstellungskosten übersteigen. Um das Diktat des Kartells brechen zu können, gingen die schwedischen Genossen im Jahre 1929 daran, eine genossenschaftliche Glühlampenfabrik zu errichten. Heute sind darin bereits über zweihundert Leute beschäftigt. Es ist die Glühlampenfabrik Luma in Stockholm, die auch insofern interessant ist, als es sich um den ersten Versuch einer internationalen genossenschaftlichen Produktion handelt, da nicht nur die schwedischen, sondern auch die dänischen, norwegischen und finnischen Genossenschaften an ihr finanziell beteiligt sind und von hier die Waren beziehen.

Die Tagesproduktion beträgt gegenwärtig 20 000 Lampen, könnte aber unschwer auf das Doppelte gesteigert werden, da noch genügend Raum für eine weitere Arbeitsstrecke vorhanden ist, die dann rein automatisch betrieben werden soll. Die Vorbereitungen für ihre Einführung sind bereits alle getroffen. Man will aber die Arbeiterinnen der gegenwärtig im Betrieb befindlichen drei Strecken, bei denen noch Handarbeit nötig ist, nicht brotlos machen und wartet daher mit der weiteren Ausgestaltung, bis sie eine Hebung des Umsatzes rechtfertigen wird. Schon diese Überlegungen zeigen deutlich den Unterschied zwischen einer privaten und einer genossenschaftlichen Betriebsführung: während jene unbekümmert um das Schicksal der Arbeiter die Rationalisierung durchführt, geht die Genossenschaft sozial vor: sie mißbraucht nicht den technischen Fortschritt auf Kosten der Beschäftigten.

Wie wirkte sich nun die genossenschaftliche Eigenherzeugung auf den Preis aus? Das ist ja wohl dabei für den Konsumenten das Wichtigste. Während der Durchschnittspreis einer Glühlampe in Schweden im Jahre 1928, also vor der Gründung der Genossenschaftsfabrik 1,35 Kronen betrug, ist er nunmehr schon auf 0,85 Kronen, um 30 bis 40 vH, gesunken. Zuerst wollte das Kartell die Preise der Genossenschaftsfabrik unterbieten, um diese zugrunde zu richten und nach Wiedererlangung der Monopolstellung wieder die Preise hinaufzutreiben. Man mußte aber erkennen, daß man hier mit den üblichen Kartellmanövern zu kurz kam, da hinter der genossenschaftlichen Produktion nicht der Profitwille eines einzelnen Unternehmers, sondern eben der Massenwille einer halben Million Genossenschaftler steht. Den Nutzen davon haben alle Konsumenten im ganzen Lande, aber auch die Elektrizitätswirtschaft und damit die Volkswirtschaft.

Es ist hervorzuheben, daß die bedeutende Verbilligung weder auf Kosten der Güte noch auf Kosten der Arbeiter geht. Die Güte der erzeugten Lampen wird dauernd auf einem großen Prüffeld kontrolliert, und der gelegentliche Besucher kann sich selbst überzeugen, daß die Brenndauer der genossenschaftlichen Luma-Lampe in der Regel länger ist als die der Privatindustrie. In der kurzen Dauer ihres Bestandes hat denn auch die Genossenschaftsfabrik bereits über 5 Millionen Lampen verkauft.

Die Arbeitsbedingungen sind besser als in der Privatindustrie. Im Winter wird 48 Stunden gearbeitet, im Sommer 40. Der Durchschnittsverdienst der im Akkord beschäftigten Arbeiterinnen beträgt 50 bis 55 Kronen die Woche; er ist also vielfach höher als der Durchschnittsverdienst qualifizierter Arbeiter in den europäischen Industriestaaten. Da Schweden keine obligatorische Krankenversicherung besitzt, zahlt die Genossenschaftsfabrik ihren Arbeitern im Krankheitsfall während dreier Monate den halben Lohn, auch sonst bestehen zahlreiche Begünstigungen, wie man sie bei privaten Firmen nicht findet.

Die schwedischen Genossenschaftler möchten ihre Erzeugnisse gerne auch exportieren. Doch dem stehen die gegenwärtigen Einfuhrbeschränkungen und Devisenschwierigkeiten entgegen. Sie suchen daher einen anderen Weg, wie sie ihre Erfahrungen auch den übrigen Genossenschaftlern Europas zur Verfügung stellen könnten, und es sind bereits Verhandlungen mit verschiedenen Genossenschaftszentralen angebahnt worden, um die genossenschaftliche Glühlampenerzeugung auch in anderen Ländern in Gang zu bringen. Die schwedischen Genossen wollen die ganze Technik ihrer Prüffelder sowie auch der Arbeitsstrecken zur Verfügung stellen. Es ist wegen der unter der Kartellwirtschaft leidenden und von ihr ausgebeuteten Konsumenten zu wünschen, daß diese Verhandlungen sobald wie möglich zu einem Ergebnis führen. J. B.

Bericht aus der Schweiz

Wenn die Schweiz bisher gewissermaßen als Preis- und Lohninsel betrachtet wurde, so wußte doch jeder, der mit der internationalen Wirtschaftsverflechtung vertraut ist, daß die Krise vor den Grenzen der schweizerischen Eidgenossenschaft nicht halt machen werde. So ist es denn auch gekommen. Richtig ist, daß in der Schweiz, die Krisenerscheinungen später zutage traten, als in anderen Ländern. Dies vielleicht gerade deshalb, weil die Lohnsenkung weniger rasch vor sich ging als anderswo und auch im Ausmaß weniger tief griff als anderswo. Wie dem aber auch sei, die Schweiz ist zu sehr abhängig vom Ausland, ist zu sehr Exportland, als daß sie unberührt von den Verhältnissen in den Nachbar- und Absatzländern hätte bleiben können. Wenn auch später, so setzte die Krise doch mit all ihren Merkmalen auch in der Schweiz ein. Zuerst wurden Teile der Textilindustrie ergriffen, dann die Uhrenindustrie, so daß seit bald zwei Jahren 70 bis 80 vH der Arbeiterschaft von der Arbeitslosigkeit berührt werden. Mittlerweile hatte der Niedergang auch Teile der Metall- und Maschinenindustrie ergriffen, und es verschlimmert sich die Lage auch hier ständig. In der Uhrenindustrie wirkt sich die Arbeitslosigkeit deshalb besonders drückend aus, weil die Industrie auf ganz bestimmte Gebiete beschränkt ist (Jure) und so die ganze Bevölkerung in schwere Mitleidenschaft zieht. Viele Ortschaften sind am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt und benötigen der Hilfe des Staates. Dadurch werden die Beiträge der Gemeinden an die Arbeitslosenversicherungskassen gefährdet und auf die Dauer verunmöglicht.

Es ist deshalb begreiflich, daß der Kongreß des Schweizer Metallarbeiterverbandes vom 5. bis 7. September sich in erster Linie mit den Krisenerscheinungen zu befassen hatte. Glücklicherweise wurde die Arbeitslosenversicherung im Verband schon vor Einbruch der Krise auf eine gesunde Grundlage gestellt, sonst wäre die Kasse dem Ansturm nicht gewachsen. Die Arbeitslosenversicherung wird in der Schweiz so ein-

ziert, daß zu den Beiträgen der Kassenmitglieder solche der Gemeinden, der Kantone und des Bundes kommen. Die Beiträge des Bundes betragen für Gewerkschaftskassen normalerweise 30 vH und für öffentliche und paritätische Kassen 40 vH der ausbezahlten Unterstützung. Bei den Kantonen und Gemeinden schwankt der Beitrag zwischen 10 bis 40 vH. Dabei gestattet das Bundesgesetz die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung während 90 Tagen, und zwar 50 vH des Lohnes für Ledige und 60 vH für Verheiratete. In Krisenzeiten können die Unterstützungsdauer und der Bundesbeitrag erhöht werden. Für einzelne Kassen, so auch für die des Metallarbeiterverbandes ist dies erfolgt. Die Anforderungen an die Kassen stiegen demnach, daß auch die Verbandsbeiträge erhöht werden mußten. Die Erhöhung wurde zugleich mit einer Beitragsstaffelung durchgeführt. Dabei bezahlten jedoch die Uhrenarbeiter höhere Beiträge als die Metallarbeiter, weil sie von der Krise auch stärker betroffen wurden. Als aber die Arbeitslosigkeit immer mehr auch in der Metall- und Maschinenindustrie um sich griff, war die niedrigere Beitragszahlung bei den Metallarbeitern nicht mehr gerechtfertigt. Es wurden deshalb vom Kongreß die Beitragsunterschiede angeglichen, so daß vom 1. Januar 1933 an im ganzen Verbandsgebiet die gleichen Beitragsklassen in Anwendung kommen. Die Änderung bringt für die Metallarbeiter eine Beitragserhöhung, während die Uhrenarbeiter im wesentlichen die gleichen Beiträge weiterbezahlen.

Um ein Bild zu geben, wie stark die Anforderungen an den Verband gestiegen sind, seien hier die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung in den letzten Jahren bekannt gegeben. Es wurden im Jahr 1929 ausbezahlt 1 095 000, im Jahr 1930 7 154 000, im Jahr 1931 17 232 000 und im Jahr 1932 bisher schon rund 17 Millionen Franken. Dieses rapide Anwachsen der Ausgaben für die Arbeitslosen zeigt mit aller Deutlichkeit den Ernst der Lage. Trotz der Krise, oder vielleicht gerade deshalb, konnte die Mitgliederzahl fortwährend gesteigert werden. So stieg z. B. die Zahl von Ende 1930 bis 31. Dezember 1931 von 61 126 auf 65 301 Mitglieder.

Trotz der schweren Belastung durch die Arbeitslosigkeit blieb der Verband aktionsfähig und leistete energisch Widerstand gegen die da und dort erfolgten Lohnabbauversuche. Es darf mit Genugtuung festgestellt werden, daß der Widerstand stark abbremsend gewirkt hat. Ein durchgehender Lohnabbau ist in der Metall- und Maschinenindustrie nicht erfolgt, und da, wo einzelne Betriebe einen solchen vornahmen, konnte er auf durchschnittlich 8 vH beschränkt werden. Allerdings sind auch die Akkordsenkungen in Betracht zu ziehen, die individuell vorgenommen wurden und nach außen nicht in Erscheinung traten. Dadurch sind ohne Zweifel da und dort erhebliche Lohnsenkungen eingetreten, die statistisch bisher nicht erfaßt werden konnten.

Daß die Schweizer Metallarbeiter nicht in der bloßen gewerkschaftlichen Aktion allein stehen bleiben wollen, zeigte sich in der Berichterstattung des Genossen Ig, der betonte, daß es sich bei dieser Krise um eine solche des Kapitalismus selbst handle. „Die Privatwirtschaft ist reif zur Überführung in eine Kollektivwirtschaft. Die technischen Voraussetzungen dafür sind vorhanden, leider aber noch nicht die geistigen.“

Der Kongreß erteilte im übrigen der Verbandsleitung den Auftrag, im Jahre 1933 eine Altersstatistik der Mitglieder aufzunehmen und zu untersuchen, wie die Sterbekasse weiter gestärkt und ausgebaut werden könne. Die Wahl der Verbandsbehörden wurde glatt erledigt. Der ganze Kongreß zeigte, trotz der Kritik an dieser oder jener Maßnahme, einen durchaus einheitlichen Geist. Einen Geist der Opferbereitschaft gegenüber den Krisenopfern, einen Geist der Kampfbereitschaft gegen den Lohnabbau sowie der Reaktion, überhaupt. E. B.

In England steigt die Arbeitslosigkeit

Trotz des Sommers ist die Arbeitslosigkeit in England von Monat zu Monat gestiegen. Sie war Ende August um 126 000 höher als ein Jahr zuvor. Diese ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes, die durch den großen Textilstreik, der im Gange ist, noch gewaltig verschärft wurde, war nicht voraussehbar. Es wurde vielmehr allgemein eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt erwartet. Die Lösung der Goldwährungsfrage die Gefahren, die von ihr befürchtet wurden, nicht herauf. Es entstand keine Panik, es erfolgten keine Kreditkündigungen. Im Gegenteil, einige Zeit nach der Aufgabe der Goldwährung floß Auslandsgeld nach England. Da allgemein die Verbesserung des Wechselkurses erwartet wurde, wollte das Auslandskapital Valutagewinne in England machen. Der Goldvorrat der Bank von England konnte, vornehmlich aus indischen Goldhorten aufgefüllt, die vorjährige Auslandsschuld der englischen Regierung voll zurückgezahlt werden, ja England verfügt jetzt über einen starken Devisenfonds, mit dessen Hilfe es seinen Wechselkurs zu regeln vermag. Auf dem Geldmarkt herrscht große Flüssigkeit, die allmählich auch dem Kapitalmarkt zugute kam und die vor allen Dingen auch die Umwandlung eines großen Teiles der Staatsanleihen in niedriger verzinsliche Papiere (Konversion) ermöglichte. Die Konversion erwies sich sowohl für die Staatsfinanzen wie für den Kapitalmarkt als ein großer Erfolg. Das Gleichgewicht des Staatsbudgets konnte wieder hergestellt werden. Die Ausfuhr entwickelte sich nicht ungünstig. Sie ist gegenüber dem Vorjahr nicht zurückgegangen, während sie in anderen Industrieländern sehr stark abnahm. Erst in letzter Zeit bereitete die Entwertung der japanischen Währung der englischen Textilindustrie eine scharfe Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Hielt der wirtschaftliche Abstieg im Kohlenbergbau, im Schiff- und Eisenbahnbau an, so zeigten Textilindustrie, chemische Industrie und auch die Eisen- und Stahlindustrie Zeichen einer Besserung. Die Preise sind dank der starken Preisrückgänge auf dem Weltmarkt trotz Aufhebung der Goldwährung bis zum Sommer dieses Jahres nur wenig gestiegen, die Einfuhr wurde nicht verteuert. Auch sind die Lebenshaltungskosten nicht gestiegen. Von den neuen Schutzzöllen wurde die Beseitigung der Auslandskonkurrenz und die Behebung der inländischen Industrieproduktion erwartet.

Deshalb ist das Ansteigen der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten eine schwere Enttäuschung. Ansonst vermehren sich die Zeichen dafür, daß die englische Wirtschaftslage trotz Symptome der Erleichterung in der Weltwirtschaft und trotz der Vorteile, die der englischen Industrie auf der britischen Reichskonferenz zu Ottawa gewährt wurden, sich verschlechterte. Der Textilstreik bedeutet einen schweren Rückschlag für die englische Baumwollindustrie. Steigende Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt treiben jetzt das englische Preisniveau allmählich in die Höhe und werden die Lebenshaltung verteuern, zumal die Verbraucher auch die Kosten der in Ottawa beschlossenen Lebensmittelszölle tragen werden. Eine Lohnabbauwelle, von der jetzt auch England erfaßt wurde, wird den inneren Markt gerade in einem Augenblick weiter einengen, wo dieser von einer Teuerung ernstlich bedroht ist. Derart ergibt sich das merkwürdige Schauspiel, daß gerade in England, wo die Vorbereitungen einer Wirtschaftsbelebung an sich viel eher gegeben waren als anderswo, die Wirtschaftslage sich verschlechterte, ja sich in der nächsten Zukunft voraussichtlich weiter verschlechtern wird.

Notverordnung in Holland

Auch in Holland benutzt, wie der Pressedienst des IGB mitteilt, die Reaktion die Krise als Vorwand zu einer groß angelegten Aktion gegen die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Errungenschaften der Arbeiter. Die Regierung hat einen umfassenden Sparplan aufgestellt, der im Stile der deutschen Notverordnungen alle Lasten auf die Arbeiterschaft abwälzt und die besitzende Klasse nach Möglichkeit schont.

Der Fehlbetrag im Staatshaushalt für den Voranschlag des Jahres 1933 wird auf 100 Millionen Gulden geschätzt. In einer Vorlage, die nach dem Namen ihres Urhebers „Welter-Bericht“ genannt wird, werden für den Ausgleich des Budgets folgende Vorschläge gemacht: Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung um 15 vH, Gehaltsherabsetzung für verheiratete Beamte um 8 vH und für Unverheiratete um 13 vH, Abbau der Staatsbeamten um 12 vH, Ersparnisse im Unterrichtswesen von 15,4 Millionen, Ersparnisse auf dem Gebiet des Wehrwesens 7,5 Millionen, bei der Regulierung der Binnengewässer 25,3 Millionen, im Arbeits- und Handelsministerium 13,2 Millionen, für Materialbeschaffung 15 vH. Die Gesamtsumme dieser Sparmaßnahmen beläuft sich auf 101 Millionen Gulden.

In bezug auf die wirtschaftliche Lage sagt der Bericht, daß Holland weniger konkurrenzfähig geworden sei, und zwar infolge des hohen Lohnstandes. Auf der ganzen Linie ist die Beweisführung des Berichtes die gleiche, wie man sie in anderen Ländern bei den Unternehmern und ihren Regierungen gewohnt ist.

Die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei haben sofort den Kampf gegen diesen Plan aufgenommen. In einem gemeinsamen Aufruf wird die niederländische Arbeiterklasse aufgefordert, die ganze Kraft der Arbeiterklasse zu mobilisieren. Es sind bereits 50 Versammlungen unter freiem Himmel vorbereitet.

Wettrüsten soll die Weltwirtschaft ankurbeln

Da der Kapitalismus seinen verfahrenen Karren durch Herstellung von Produkten, die menschliche Bedürfnisse befriedigen, nicht aus dem Schlamm ziehen kann, erwartet er das Heil von der Herstellung der Werkzeuge der Vernichtung, — neue Rüstungen sollen die Konjunkturwende bringen!

Das internationale Rüstungskapital erwartet die Ankurbelung vom Scheitern der Abrüstungskonferenz und von den deutsch-französischen und den japanisch-amerikanischen Gegensätzen. Besonders zugespitzt ist die Lage des französischen Rüstungskapitals. Die in der Nachkriegszeit gewaltig aufgeblähte französische Schwerindustrie ist auf die Ausfuhr im größten Umfang angewiesen. Während der Wirtschaftskrise kämpfte aber die französische Schwerindustrie mit doppelten Ausfuhrschwierigkeiten, einmal wegen der zusammengeschrumpften Anlagetätigkeit der Welt, zum anderen durch die Tatsache, daß die französische Preishöhe wegen der steigenden Lebenshaltungskosten nicht in dem Maße sank wie die Preishöhe anderer Länder. Für den Ausfall an Ausfuhr bot der Schwerindustrie die Aufrüstung, die unter dem Schlagwort der „Sicherheit“ in gewaltigem Umfang gesteigert wurde, Ersatz.

Die Aufrechterhaltung der Rüstungen wurde der französischen Schwerindustrie allmählich eine Lebensfrage. Sie fühlte sich stark gefährdet, einmal wegen des Ausganges der Wahlen im Mai, dann aber wegen des steigenden Defizits der Staatskasse, endlich wegen der anfangs noch günstigen Aussichten der Aufrüstungskonferenz. Jetzt erblickt aber die französische Schwerindustrie den „Silberstreifen am Horizont“. Sie hat die besten Aussichten, daß die Abrüstungskonferenz scheitert und daher die französische Abrüstung vermieden werden kann. Sie erhofft darüber hinaus eine starke Aufrüstung als Antwort auf die deutschen Aufrüstungsforderungen. Die von ihr unterhaltene Presse schwelgt bereits in der Ausmalung der Frankreich drohenden Gefahren für den Fall, daß nicht weiter gerüstet wird. Damit noch nicht genug, erhofft das französische Rüstungskapital neue Bestellungen von Polen und von Japan. Insbesondere sind es die „günstigen Aussichten“ auf einen japanisch-amerikanischen Krieg, von denen jene Hoffnungen genährt werden.

Die staatliche Anerkennung von Manchukuo durch Japan, das die Mandchurei raubte und aller Wahrscheinlichkeit nach weiter vordringen und die nördlichen Teile Chinas besetzen wird, kann die Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Japan zu einer kriegerischen Entladung bringen. Wird doch China als das zukünftige große Absatzgebiet der Vereinigten Staaten angesehen, und es wird angenommen, daß sich die Vereinigten Staaten, mit der Unterwerfung Chinas unter die Herrschaft Japans nicht abfinden. Daher rechnet man nach der Präsidentenwahl, die vorläufig alle Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt, mit der Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes zwischen den Vereinigten Staaten und Japan.

Die Entspannung zwischen Amerika und Sowjetrußland wird mit dieser Möglichkeit in Verbindung gebracht. In einem solchen Konflikt stünde Frankreich auf der Seite Japans, das die Politik der kolonialen Unterdrückung Frankreichs in Indo-China unterstützt. Daher rechnet die französische Rüstungsindustrie mit großen Kriegslieferungen an Japan. Selbstverständlich würde auch das Rüstungskapital der Vereinigten Staaten, deren Schwerindustrie trotz aller Ankurbelungsversuche einen noch nie dagewesenen Tiefstand aufweist, neue Bestellungen für Kriegsrüstungen lebhaft begrüßen. Von dem Wettrüsten würde Italien um so weniger fernbleiben, da es die Aufrüstung unter der faschistischen Herrschaft keinen Augenblick, auch nicht während der Zeit der Wirtschaftskrise, unterbrach.

Die deutschen schwerindustriellen Unternehmungen sollen sich untereinander bereits lebhaft mit der Frage der Verteilung der Bestellungen zu Rüstungszwecken beschäftigen. Die politische Haltung der deutschen Industrieführer steht nicht zuletzt in Verbindung mit jenen Hoffnungen auf Bestellungen. Derart ist die Menschheit dreizehn Jahre nach dem Weltkrieg dem internationalen Rüstungskapital, das seine Profite auf Haß, Blut und Zerstörung gründet, wieder ausgeliefert. Konjunkturankurbelung!

Ein Haus mit 19 000 Bewohnern

Die Empire-State-Gesellschaft in Newjork hat einen Wolkenkratzer beendet, der 395 m hoch ist. Auf den 86 Stockwerken wurde noch ein 60 m hoher Turm errichtet. Damit ist das bis jetzt höchste Chrysler-Gebäude mit 310 m Höhe noch um ein beträchtliches überboten. Das Gebäude wird nach vollständiger Vermietung 19 000 Bewohner haben. Das ist so viel wie eine mittlere Stadt Einwohner hat. Zur Bewältigung des riesigen Verkehrs dienen 58 Personenaufzüge, 4 Schnell- und Lastaufzüge oberhalb des Erdgeschosses und 2 große Lastenaufzüge für Erdgeschöß und Keller. Das Stahlgerüst erforderte 58 000 t Stahl, für dessen Transport ein Zug von 18 km Länge notwendig sein würde. Das Gebäude ist in verhältnismäßig kurzer Zeit fertiggestellt worden. Die seitlichen Maße der Parterre-räume sind 130 x 60 m. Das Gebäude verjüngt sich im Aufstieg wiederholt. Trotzdem hat der Turm in den höchsten Stockwerken noch 1700 m Nutzfläche. 6400 Fenster sorgen für das nötige Tageslicht.

